

Stenographisches Protokoll.

187. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Samstag, den 2. Juni 1923.

Inhalt.

Verhandlung: 2. Lesung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 (B. 1428) — Fortsetzung der Generaldebatte — Doktor Reidler (5607), Czernin (5621 und 5631), Dr. Bauer (5629).

Eingebracht wurden:

Anfragen: 1. Morawiz, Sailer, Schön: Bundesregierung, betr. Erhaltung der Wirksamkeit von Wohnungsfürsorgegesetzen auf das Burgenland (549/I);

2. Muchitsch, Ebner, Tuller: Bundeskanzler, betr. Gendarmereiergüsse in der Köflacher Werkstätte der Südbahn (550/I);

3. Dr. Deutsch, Smitta: Finanzminister, betr. Vermietung des „Militärkasinos“ auf dem Schwarzenbergplatz (551/I);

4. Strunz, Weiser: Handels- und Verkehrsminister, betr. Übergriffe eines Bahnbeamten in Linz (552/I);

5. Ebner, Tuller: Handels- und Verkehrsminister, betr. die Bundesgewerbeschule in Graz (553/I).

Präsident Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. vorm.

Es wird in die L. D. eingegangen, das ist die 2. Lesung des Bundesfinanzgesetzes und des Bundesvoranschlages für das Jahr 1923 (B. 1428).

Dr. Reidler: Hohes Haus! Die Ereignisse im Deutschen Reiche nehmen, wenn wir den Zeitungsberichten glauben müssen, eine immer katastrophalere Richtung an und ich habe so das Gefühl, daß sich bei den heftigen Kämpfen, die sich in diesem Hause abspielen, das, was im Deutschen Reiche geschieht — und was schließlich doch auch für uns entscheidend ist, ein nicht den Verhältnissen entsprechendes Echo findet. Ich bin fest überzeugt, daß die politische Richtung, die von der Regierung Seipel-Frank eingeschlagen ist, vollkommen richtig ist, daß sie das einzig Mögliche ist, was wir unternehmen können. Wenn ich trotzdem Bedenken habe, ob all diese Gedanken der jetzigen Regierung durchgeführt werden können, so liegt der Grund keinesfalls in der Überzeugung, daß irgendwelche Maßnahmen des Sanierungswerkes unrichtig sind, sondern nur in der Sorge, ob nicht durch äußere Verhältnisse eine

Störung in unser Wiederaufbauprogramm hinein kommen könnte.

Wir haben gestern eine sehr heftige Kritik des Herrn Abg. Dr. Danneberg gehört. Nun muß ich ganz offen gestehen: aus den Gründen, die Herr Dr. Danneberg gestern vorgebracht hat, brauchen wir keinerlei Sorge zu haben, daß das Sanierungswerk nicht richtig durchgeführt werden könnte. Die Kritik aus dem Munde des Sprechers der Sozialdemokraten hat auf jeden, der die Sozialdemokratie und ihr Wirken kennt — ich werde in meiner Rede noch darauf zurückkommen — eigentümlich gewirkt. Herr Dr. Danneberg hat sich die Bemerkung erlaubt, das Budget sei ein Budget der Lüge und der Verleumdung. Wenn jemand mit solchen groben Worten herumwirft, muß er sich es schließlich gefallen lassen, ohne allzu empfindlich zu sein, daß man ihm mit ähnlichen Worten erwidert. Das Wort Lüge und Verleumdung aus diesem Munde mutet einen doch wahrlich komisch an. Es gibt ein berühmtes Sprichwort, das heißt: So wie der Schelm ist, so erwartet er es auch von anderen. Ich will natürlich hier auf das erste Wort — es ist ein Sprichwort — kein besonderes Gewicht legen, aber ich vermute, daß in die Denkkategorien von Lüge und Verleumdung möglicherweise auch der Sprecher der Sozialdemokratie sehr eingelegt ist, und wenn er aus dem Budget, wie es seine Eigenart ist, etwas dividiert, multipliziert, subtrahiert, addiert, alles aus dem Zusammenhange herausreißt, so macht dann die Geschichte natürlich einen etwas anderen Eindruck und das erinnert mich an die berühmte Kinderspielerei: wenn man ein zersplittertes Glas hineingibt und dann herumschüttelt, sieht das auch etwas mythisch und abenteuerlich aus. So ungefähr hat Herr Dr. Danneberg gestern das Budget behandelt. Er war ja wohl auch der Überzeugung, daß kaum irgend jemand in diesem Hause auf seine Kritik, so sehr sie durch den Applaus seiner Parteigenossen gefeiert wurde, irgendein besonderes Gewicht legt, aber er wird darauf gerechnet haben, daß die Worte Lüge und Verleumdung in der Masse der Bevölkerung draußen, in der Arbeiterschaft einen Widerhall finden und diese armen Leute, die natürlich nicht in der Lage sind, irgendeine Kritik zu üben, wieder sagen werden:

Aha, da hat man's, diese Schufte, Lüge und Verleumdung das ganze Budget! Darauf ist ja wohl alles berechnet gewesen. Vielleicht ein bißchen für die Galerie, für die große Masse der Bevölkerung und für die „Arbeiter-Zeitung“, das ist der Sinn und Zweck dieser Kritik gewesen.

Nun erlauben Sie mir, daß ich auf diese Bedenken zurückkomme. Ich habe gesagt, ich fürchte, daß infolge äußerer Ereignisse sich manches nicht wird so abspielen können, wie es die Regierung Seipel-Frank plant. Ich muß da ganz kurz auf unsere furchtbar verworrene äußere Lage etwas eingehen. Es gibt wohl keinen denkenden, unterrichteten Menschen, der glaubt, daß die jetzige Gestaltung der Weltpolitik irgendwie etwas Definitives ist. Alles, was in Europa und was außerhalb Europas Politisches geschaffen wurde, trägt deutlich das Kennzeichen des Provisoriums, wahrscheinlich eines sehr kurzfristigen Provisoriums an sich. Nur kurzfristige Menschen, die im gegenwärtigen Unglück unserer Tage leben und sich dadurch beeinflussen lassen, pflegen von dem furchtbaren Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918 als dem Weltkrieg zu sprechen. Eine vollkommen falsche Auffassung. Wir haben es nicht mit dem Weltkrieg zu tun gehabt, sondern wir haben es vermutlich mit der ersten Etappe des Weltkrieges zu tun gehabt, wenn auch der Herr Abg. Dr. Adler auf dem berühmten Sozialistenkongreß in Hamburg erklärt hat, so etwas darf niemals mehr geschehen. Die Weltgeschichte wird sich vermutlich durch diese pazifistische Weisheit und durch diesen Wunsch des Herrn Abg. Dr. Adler in keiner Weise irgendwie hemmen lassen. Wenn eine kommende Zeit die Geschichte unserer Tage schreiben wird, wird es vermutlich heißen: der Krieg vom Jahre 1914 bis 1918 erste Etappe, Eintritt eines scheinbaren Waffenstillstandes, zweite Etappe vom Jahre . . . bis . . . — das weiß ich nicht, wie weit diese Etappe hinausgehen wird und das vermag wohl auch der größte politische Seher heute nicht anzugeben. Wir stehen nur am Anfang großer Ereignisse. Wenn das auch unsere müde Bevölkerung mit Entsetzen erfüllt, wenn das auch viele rein kaufmännisch eingestellte Kreise mit Furcht und Abscheu erfüllt, es wird doch nicht anders sein; die rein kaufmännischen Erwägungen, die rein wirtschaftlichen Erwägungen werden, fürchte und bedauere ich, auf Jahrzehnte hinaus noch nicht das Entscheidende sein.

Wir haben in Europa eine ganze Reihe kleiner Unruhezentren und wir haben einige sehr große Unruhezentren. Auf den widernatürlichen Schöpfungen von heute kann wohl das Gleichgewicht Europas, aber nicht auch das Gleichgewicht der Weltpolitik aufgebaut werden. Es sind heute gewissenlose, schamlose Hasardeure ohne ihre eigene Kraft, ohne ihr Verdienst in den Besitz großer Länder,

großer Güter gekommen und ich glaube, es wird diese Habe aus dem Besitze dieser Hasardeure — ich denke da in erster Linie an Frankreich — wieder irgendwann in die Hände des besten Wirtes zurückfallen müssen. Die treibenden Kräfte der französischen Politik werden in weiten Kreisen unseres Volkes als Auswüchse des Hasses, als Wünsche der Vernichtung des Deutschen Reiches angesehen. Ich glaube, auch das ist ein Irrtum. Die treibenden Kräfte der französischen Politik sind leider, möchte ich sagen, heute nicht mehr Haß und der Wunsch, das Deutsche Reich zu vernichten — denn das ist Frankreich bis zu einem gewissen Grade gelungen —, die primäre, die treibende Kraft in der französischen Politik ist vielmehr: mit den Mitteln des vernichteten Deutschlands den Krieg gegen England möglichst ausgiebig und in möglichst kurzer Zeit rüsten zu können. Wenn Sie die Blätterstimmen der letzten Zeit und die Stimmen im Unterhaus und im Oberhaus von London verfolgt haben, so werden Sie mir recht geben. Erst vor wenigen Tagen hat Lord Birkenhead in England den Antrag eingebracht, es möge sich England möglichst rasch zur Luft rüsten, damit es Frankreich gewachsen ist. Und ein in Frankreich sehr angesehener Journalist namens Jacques Barthou, hat vor wenigen Wochen eine Reise nach England unternommen und die Eindrücke dieser Reise dahin gekennzeichnet, daß niemals eine solche Fülle des Hasses gegen Frankreich in der englischen Bevölkerung vorhanden war, wie heute.

Die Äußerungen leitender Staatsmänner predigen scheinbar etwas anderes. Die leitenden Staatsmänner Englands werden allerdings heute im Parlament erklären, das Zusammengehen mit Frankreich sei eine dringende Notwendigkeit, und England lege auf die besten Beziehungen zu Frankreich das größte Gewicht. Wir kennen die kluge Politik Englands. England spricht von seinen Zielen erst dann, wenn es zum Schlagen vollkommen gerüstet ist. Ich ermahne Sie daran, daß auch fast unmittelbar vor dem Ausbruche des Krieges im Jahre 1914 in manchen Zeitungen gestanden ist, auf Grund von Äußerungen englischer Staatsmänner könne angenommen werden, daß die Beziehungen zwischen England und dem Deutschen Reich geradezu herzliche seien. Und einige Tage darauf ist der furchtbare Schlag erfolgt. Man darf sich durch Äußerungen führender englischer Staatsmänner nicht täuschen lassen, denn die englische Politik ist leider klüger als die deutsche, die gerne ihre Absichten an die große Glocke hängt.

Ich bin also überzeugt davon, daß das, was sich jetzt abspielt, etwas ist, was wir in der Geschichte schon lange gehabt haben: die schwere Spannung zwischen England und Frankreich. Es ist der Kampf um die Vorherrschaft in Europa, der in dem Moment

zwischen den beiden Staaten plastisch in die Erscheinung treten müßte, wo das Deutsche Reich zugrunde ging. Heute stehen sich diese Jahrhunderte alten Kämpfe wieder einfach deckungslos gegenüber. Nun in diesem Ringen ist nur die eine Tatsache, daß wohl auch Frankreich nichts anderes ist als der Exekutor der Wünsche der Vereinigten Staaten. Das bringt allerdings in dieses Ringen eine ganz andere Note, die in früheren Zeiten nicht vorhanden war. Auch Frankreich ist kein führender Staat. In dem ganzen Ringen gibt es zwei große Kraftzentren, das sind die Vereinigten Staaten und England, von ihnen gehen die Kraftlinien aus. Alles andere, auch Frankreich, ist nichts anderes als etwas Sekundäres. Aber gerade durch diese Tatsache, daß die Vereinigten Staaten — man kann das wohl mit Gewißheit und nicht bloß als Vermutung sagen — hinter Frankreich stehen und daß Frankreich nur der Gendarm der Vereinigten Staaten ist, auch in Europa, gerade dadurch wird die außenpolitische Lage so unendlich kompliziert. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser weltpolitischen Lage dem deutschen Volke — ich sage absichtlich nicht dem Deutschen Reiche, um keinen Unterschied zwischen uns und dem Deutschen Reiche zu machen — eine ungeheure Aufgabe zufallen wird, die das Deutsche Reich und das deutsche Volk hoffentlich besser lösen werden, als es seine Leitung in der Gegenwart vermuten läßt.

Auch über unsere engere Heimat Österreich werden hiebei natürlich schwere Stürme brausen. Zwischen Österreich und der Tschecho-Slowakei bestehen, abgerechnet alles Ungleiche, doch ähnliche Beziehungen wie heute zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche. Ich will diese Proportion nicht im Detail ausführen, weil es vielleicht nicht klug ist, in einem Parlament davon zu sprechen. Aber daß zwischen diesen beiden Staaten trotz aller Kredite und aller Brünner Verträge ungeheure Unstimmigkeiten bestehen, die sich eines Tages zu schweren Taten verdichten können, ist gar kein Zweifel. Ich will Sie nur aufmerksam machen, daß auch heute noch in Prag ein Wüchseln sehr verbreitet ist, von dem behauptet wird, der Verfasser sei Dr. Benesch, ein Wüchseln, in dem ganz sonderbare Karten, auch was unsere engste Heimat Österreich anbelangt, eingezeichnet sind. Zu Ostern war in München das Gerücht sehr verbreitet, daß Benesch von Frankreich den Auftrag bekommen habe, Passau und Regensburg noch zu Ostern zu besetzen, und Benesch soll darauf geäußert haben: Mit welchen Truppen soll ich es besetzen? Mit den slowakischen Truppen? Die meutern mir. Mit den deutschen Truppen? Die meutern mir. Mit den tschechischen Truppen könnte ich es wohl tun, aber wenn ich die aus der Tschecho-Slowakei abziehe, so ist die Möglichkeit der Auswirkung der meuternden Kräfte vorhanden, also geht es noch nicht. Ich will damit nur andeuten, daß zwischen

diesen beiden Staaten keineswegs Friede und Freundschaft herrscht, wie es der kurzfristige Mensch, der sich nur mit den Ereignissen der letzten Tage zufrieden gibt, glauben könnte. Aber nicht aus der Tatsache, daß zwischen der Tschechei und Österreich im Grunde genommen sehr böse Beziehungen herrschen, leite ich es ab, daß auch noch über unser engstes Vaterland schwere Zeiten hereinbrechen werden. Ich leite diesen Glauben — leider muß ich sagen, die Gewißheit hiefür — aus der Tatsache ab, daß einfach die Länderstrecke von Hamburg bis nach Klagenfurt hinunter durch unlösliche Beziehung zusammengehalten ist, daß dieses Ländergebiet, das sich heute noch in zwei verschiedene Staaten gliedert, unlösbar zusammenhängt und ein Ganzes ist, und an den Kämpfen dieses Ganzen wird wohl auch unsere engere Heimat teilnehmen müssen.

Hohes Haus! Ich glaube, Sie werden mir alle Recht geben, wenn ich sage, nur ein Tor könnte glauben, daß trotz aller Demütigungen des deutschen Volkes von heute das deutsche Volk bereit ist, auf seine welt-, das heißt machtpolitische Zukunft zu verzichten. Aber seine welt- und machtpolitische Stellung — denn es ist dasselbe, es gibt keine weltpolitische Stellung, die auf Kultur aufgebaut wäre, es gibt nur eine weltpolitische Stellung, die auch eine machtpolitische Stellung ist — diese Stellung kann das Deutsche Reich und das deutsche Volk nur dann ausüben, wenn ihm die Gebiete wieder zufallen werden, die ihm heute gegen menschliches und göttliches Recht geraubt sind, und ich weiß nicht, ob diese Zuteilung im Wege eines Zivilprozesses, eines friedlichen Schiedsgerichtes vor sich gehen wird, trotz der Äußerungen des Herrn Dr. Adler: So etwas darf nicht wieder geschehen. Ich fürchte, daß diese Heimholung der geraubten Länder, ohne die Deutschland auf die Dauer nicht wird existieren können, nicht möglich ist ohne die Auslösung außerordentlich furchtbarer Spannungen, und in diese Kämpfe wird auch Österreich so gewiß hineingezogen werden, als Österreich ein Teil der Gesamtheit ist und als es nicht möglich ist, daß der Teil ein anderes Leben führt als die Gesamtheit. Am Ende dieser furchtbaren Kämpfe, die ganz gewiß in kürzerer oder längerer Zeit auch über Mitteleuropa und unsere engere Heimat hereinbrechen werden und die allerdings die Sanierungsgedanken, so schön sie sind, vielleicht hemmen, vielleicht unterbrechen werden, am Ende dieser Kämpfe mag mancherlei stehen. Es ist schwer vorauszusehen, was da kommen wird. Vielleicht wird am Ende dieser Kämpfe auch die endgültige Stabilisierung der deutschen Krone stehen.

Nun ist es begreiflich, daß wir bei einer solchen Weltlage alle Ursache haben, dem Ausbau und der Erhaltung unseres wenn auch noch so kleinen Heeres alle Sorgfalt und alle Liebe zuzuwenden. Nichts ist verfehlter, Hohes Haus, als in

die törichte Kritik unseres Heeres einzufallen und zu erklären: Fort damit! Wenn wir das täten, würden wir die letzte Hoffnung preisgeben, je wieder ein machtpolitisches Gefüge zu werden. Die linke Seite dieses Hauses glaubt nicht gerne den Äußerungen der rechten Seite, aber vielleicht ist sie geneigt, einem der größten politischen Denker der größten westlichen Demokratie, die uns im Kriege so sehr als Beispiel vorgehalten wurde, Glauben zu schenken. Ich möchte jetzt einige Worte des vor wenigen Jahren verstorbenen amerikanischen politisch bedeutenden Denkers, Homer Lea, Ihnen zu Gemüte führen. In seinem Buch „Der Tag der Angelsachsen“, das leider in unserer Heimat nicht beachtet wurde, obwohl er darin sehr deutlich die Dinge prophezeit, die gewissermaßen in wenigen Augenblicken furchtbar über uns hereinbrachen, erklärt er, ihm sei eine Nation, die vom Weltfrieden träumt, eine verfallende Nation, und dann sagt er wörtlich (*liest*): „Kriegerische Tüchtigkeit ist das Palladium, das Gott jeder Rasse einmal gibt. Sobald die Verfallserscheinungen, sobald der Verfall des kriegerischen Geistes einen gewissen Punkt erreicht hat, wird die Nation ohne Rücksicht auf ihren Reichtum, auf die Größe ihres Gebietes oder ihrer Bevölkerung vernichtet werden.“ Sobald der Mangel kriegerischen Geistes, der von dieser Seite gepredigt wird, einen gewissen Grad erreicht, zerfällt unfehlbar jedes Staatsgefüge, und da mügen wir noch so viel Schulen und noch so viele Bibliotheken und noch so viele Bilder in unseren Galerien hängen haben.

Und wie sieht es mit der Beschaffenheit unseres kleinen Heeres heute aus? Das Heer, hohes Haus, ist doch naturgemäß eine Schöpfung, die nicht auf die Wahrung realer Güter abgestellt ist, sondern das Heer muß von einem idealen Gedanken erfüllt sein. Jedes Heer ist, im Grunde genommen, nicht der Träger einer Wirtschaftsmeinung, sondern der Träger einer rein geistigen, einer im letzten und tiefsten Grunde vaterländischen und sittlichen Idee. Heute, wo die Monarchie zerfallen ist und keine Dynastie an der Spitze dieses Staates steht, kann naturgemäß der tragende, leitende Gedanke des Heeres kein anderer sein als die vaterländische und die nationale Idee. Das Heer darf nicht klassenmäßig errichtet sein, das Heer ist die nach außen gerichtete Verkörperung des Staatsganzen, des Volksganzen, und infolgedessen muß die tragende Idee des Heeres auch der vaterländische, der nationale Gedanke sein. Nur wenn diese Tatsache überall zur Geltung kommt, in jeder Kaserne, in jeder Abteilung, können wir überzeugt sein, daß das Heer das sein wird, was wir von ihm erhoffen. Das Heer sollte in keiner Weise zum Felde irgendeines Parteiehrgeizes gemacht werden. Ich bin hier ganz gerecht, ich halte jede parteimäßige Bestrebung und Agitation in einer Heeresabteilung, in einer Kaserne für verfehlt, weil

ich eben dem Grundsatz huldige, daß das Heer der Ausdruck des Ganzen sein muß. Das Heer darf nicht für irgendwelche Wahlzwecke, weder so noch so, ausgenutzt werden. In dem Heer, in der Kaserne wirkt sich nur fachmännische Tüchtigkeit aus, dann wird der betreffende Wehrmann, wenn irgendwelche Fragen, wenn irgendwelche Entscheidungen an ihn herantreten, schon von selbst wissen, ohne besondere Parteiprogramme zu kennen, was er zu tun hat. Wenn er sich als den Ausdruck des Ganzen und nicht einer Partei — und es mag welche Partei immer sein — fühlt, wird er im Moment innerer oder äußerer Gefahren sehr wohl wissen, welche Aufgaben er zu erfüllen hat.

Heute ist ja auch im Heer infolge der gänzlichen geistigen Umstellung nach dem Zusammenbruch eine viel größere Selbständigkeit des Wehrmannes in der Ausbildung eingetreten als vorher. Und ich möchte folgenden Satz aussprechen: Nur wo eine gewisse Selbständigkeit besteht, und wo fachliche Tüchtigkeit besteht, gibt es wirklich einen nationalen Gedanken. Es ist ein Geschwätz, nationale Gedanken von einem Menschen zu fordern, der nicht sachlich tüchtig ist, und es ist ein Geschwätz, diesen Gedanken von jemandem zu fordern, der nicht selbständig ist. Vielleicht leidet das deutsche Volk aus dem Grunde, daß der einzelne vorher zu wenig selbständig erzogen wurde, so sehr Mangel an nationalem Gefühl. Beides, die selbständige Erziehung und die fachliche Tüchtigkeit, müssen die Grundlagen des nationalen Gefühls auch des Wehrmannes sein und nichts anderes. Wir sollten in unser Heer, was heute beileibe nicht geschieht, nur das Beste einstellen, das Beste an Geist und das Beste an Charakter und das Beste auch an körperlichen Eigenschaften. Unser kleines Heer — eben deswegen, weil es ein kleines Heer ist — sollte so ein Instruktions- und Führerkader werden. Es sollte die Quelle werden, aus der sofort etwas Gewaltiges entstehen kann, wie wir es ja im Kriege bei anderen Völkern staunend erlebt haben.

Es muß auch auf noch einen Umstand Rücksicht genommen werden. Ich weiß sehr wohl, daß der deutsche oder tschechische Name durchaus nicht entscheidend sind für die deutsche Denkungsart. Wenn man sich aber die Namen unserer Wehrmänner in den einzelnen Kasernen durchliest und in solch erdrückender Fülle auf fremde Namen kommt, so muß denn doch das Bedenken aufsteigen, ob nicht wieder auch dieses kleine Heer von heute der Ausdruck einer internationalen Idee ist, wie es im alten Österreich der Fall war. Es sollte ohne Zweifel eine der ersten Anforderungen, abgesehen von den eben erwähnten, die man an die Wehrmänner zu stellen hätte, die Zugehörigkeit zum deutschen Volke sein und der vollkommene Wille, deutsch zu denken — wenn ich so sagen darf — der Wille,

deutsch zu fühlen. Aber, wenn irgend jemand, der dem deutschen Volke nicht angehört, der zufällig durch die Konjunktur zu uns hereingeweht ist, einem Instrument eingefügt wird, das das Ganze schützen soll, so ist das natürlich ein außerordentlicher Fehler. Es muß, um wieder Tüchtiges in unser Heer zu bekommen, wieder ein Weg beschritten werden, der auch im alten Heer gegangen wurde. Es müssen die tüchtigen Leute durch gewisse Vorteile angelockt werden, denn sonst werden sie in das Heer nicht eintreten. Wenn man dem Wehrmann sagt, nach Vollendung deines Dienstes hast du Aussicht, wie es im alten Heere bei den Zertifikatisten der Fall war, eine gewisse bürgerliche Stellung zu erringen, wird er sich vielleicht bewogen fühlen, einzutreten. Mit reinem Lohn kann man ihn heute nicht locken, denn dazu ist unser Staat zu arm. Aber, wenn der Geist im Heer entsprechend tüchtig ist, wenn wieder eine gewisse Reinlichkeit überall herrscht, wird man auch die reinlichen Elemente eher bewegen, bei uns einzutreten. Es muß auch gewisse Auszeichnungen, gewisse Hebungen, gewisse Wertschätzungen sozialer Art geben, an denen es heute sehr gebricht. Ich bedauere es immer sehr, daß das Heer heute nicht sozial geschätzt wird. Das bedrückt auch den Mann. Dieser sozialen Wertschätzung wird er bedürfen, wenn er ein anständiger Mensch ist, der etwas auf sich hält, um sich angezogen zu fühlen. Das kann bis zu kleinen Dingen heruntergehen, das kann bis zur Montur heruntergehen. Man glaube nicht, daß es gleichgültig ist, den Mann in irgendeinen Kittel hineinzustecken. Der junge Mensch — und es handelt sich ja um junge Leute im Heere — legt namentlich Gewicht darauf, nach außen entsprechend auftreten zu können. Und wenn Sie ihm da ein entsprechendes Kleid geben, so tun Sie etwas viel Größeres, als es im Augenblick aussieht. Ich muß bedauern, daß das Heer und die Heeresverwaltung, unser Ministerium für Heereswesen, doch gewissermaßen — ohne der Tüchtigkeit und Bedeutung des jeweiligen Ressortministers im entferntesten nahezutreten zu wollen — ein fünftes Rad am Wagen ist. Ich bedauere das deswegen tief, weil ich mir sage, daß das Heer etwas für unsere Gesamtpolitik außerordentlich Wichtiges ist. Die Heeresverwaltung hat heute so wenig Rechte, es ist so wenig mehr möglich, die budgetären Mittel sind so gering, daß vieles Notwendige einfach nicht geschehen kann. Ich möchte aber die Regierung auf eines aufmerksam machen, was ich für dringend halte: Gewiß kann sich unser kleines Heer heute nicht alle kostspieligen Waffen beschaffen, ja, nach dem Friedensvertrag darf es gewisse Waffen, wenigstens nicht in großer Anzahl, gar nicht einstellen; aber es geht nicht an, daß sich unsere Heeresverwaltung nicht bezüglich jeder modernen Waffe auf dem laufenden hält. Das muß

durch theoretisches Studium geschehen, es muß durch Modelle geschehen, es muß dadurch geschehen, daß wenigstens eine kleine Anzahl von Waffen gekauft wird und daß damit Übungen veranstaltet werden. Denn das Heer ist doch schließlich für den Ernstzweck da. Im Ernstzweck wird man, wenn man auch nur eine kleine geschulte Truppe hat, die nötigen Mittel schon finden. Diese Dinge kann ich nicht weiter ausführen.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Das alte Heer hat in den Menschen, hat in unseren viel verleumdeten Offizieren, in denen ohne Zweifel eine Fülle von Talent und Tüchtigkeit steckt. — denn das bewiesen sie durch ihre Anpassungsfähigkeit — der alte Staat hat in den Offizieren eine Fülle, eine große Summe geistiger Werte investiert. Diese geistigen Werte kommen heute einzelnen privaten Unternehmern, Fabrikanten, Kaufleuten usw. zugute. Wäre es nicht möglich, um es ganz kurz zu sagen, an unseren Universitäten, an unseren Techniken, an unseren Mittelschulen, vielleicht auch an unseren Volksschulen tüchtige Kräfte des alten Heeres, die alle entsprechenden Kenntnisse haben, je nach der Stufe der Schule, die ich angeführt habe, zu verwenden? Wäre es nicht möglich, sagen wir, an der Universität einen Generalstabsoffizier, an der Technik einen Genieoffizier ein Kolleg lesen zu lassen über Dinge, die wir ganz gewiß noch einmal später notwendig brauchen werden? Damit würden die Werte, die geistigen Werte des alten Heeres nicht nur Privaten, sondern auch der Gesamtheit zugute kommen. Es wird nach meiner Überzeugung an den Mann und an den Offizier heute eine viel größere Anforderung gestellt werden müssen sowohl in geistiger als auch in körperlicher Beziehung und in bezug auf seinen Charakter, als das in der alten Zeit der Fall war. In der alten Zeit war jedermann, auch der Offizier, mit wenig Bewegungsfreiheit in einem großen Körper, ich möchte sagen, eingemauert. Die Kriege, erschrecken Sie nicht, meine verehrten Herren, der kommenden Zeit werden gewiß ein anderes Aussehen haben, so daß es auf die Selbstständigkeit und freie Entschlußkraft viel mehr ankommen wird als früher. Und darum wird es notwendig sein, daß an die Ausbildung unseres Heeres viel größere Anforderungen gestellt werden. Es wäre natürlich eine falsche Vorstellung, wenn diese hochwertige Ausbildung heute lediglich die Offiziere, die Instrukteure in den Kasernen leisten wollten.

Die richtige Ausbildung von Wehrmännern wird nur dann vorhanden sein, wenn das ganze Volk an dieser Ausbildung mitarbeitet, wenn sie weit in unsere Schulen, bis in die Volksschule zurückgeht. Es wäre ebenso töricht, zu glauben, daß vielleicht einige Abgeordnete die Verwalter des nationalen Bewußtseins sein können — der nationale

Gedanke muß im ganzen Volke wurzeln. Ebenso muß die Freude an der Wehrhaftigkeit nicht von einzelnen Männern, von einzelnen Offizieren und Instruktoren verwaltet werden, sondern auch hier muß die Tüchtigkeit aus dem ganzen Volke herauswachsen.

Und nun, hohes Haus, komme ich auf ein anderes Kapitel, das uns in diesem Hause sehr nahe steht. Ich habe die feste Überzeugung, daß die Erhaltung unseres Heeres leider nur im Kampfe mit den Ideen möglich sein wird, die heute durch die Sozialdemokratie verkörpert sind. Ich erinnere Sie daran, daß vor gar nicht langer Zeit — vor wenigen Monaten war es erst — einer der namhaften Führer der deutschen Sozialdemokratie — ich glaube, es ist Molkenbuhr gewesen — erklärt hat, das Beste, um Frankreich zu versöhnen, wäre, man würde mit dem ganzen Krempel des Heeres und mit dem letzten Rest der Flotte aufräumen, denn das habe ohnedies keinen Sinn. Und was haben wir vor wenigen Tagen auf dem Sozialistenkongress in Hamburg gehört? Was schallte uns von dem babylonischen Turm von Hamburg entgegen? Es war dieselbe Lehre. Auch da rühmte sich ein Sozialdemokrat: Nun haben wir doch endlich den deutschen Militarismus niedergedrungen, und nun müssen wir an andere Aufgaben gehen. Ich glaube, der Mann ist stolz darauf, mitgearbeitet zu haben an der Niederringung dessen, was er so töricht den „deutschen Militarismus“ nennt, ohne zu wissen, daß der deutsche Militarismus einfach die deutsche Kraft, die deutsche Tüchtigkeit und die deutsche Gesundheit ist. Kann man von Männern, die so denken, erwarten, daß sie an der Erhaltung des Heeres in dem von mir angegebenen Sinne mitzuarbeiten bereit wären?

Hohes Haus! Es ist gewissermaßen gegen die heutige Theorie der Sozialdemokratie, ein Heer haben zu wollen, das dem Vaterlande, das dem Volk und nicht einer Partei gehört. Die Sozialdemokratie von heute wünscht das deswegen, weil sie sich fürchtet, daß dieses Machtmittel, das Heer, möglicherweise einmal nach innen, gegen die Arbeiterschaft gerichtet werden könnte. Hierbei sind die Sozialdemokraten allerdings bereit, ein eigenes Heer, ein Klassenheer aufzustellen; sie sind gerne bereit, sich das Machtmittel des Staates — und das ist ja die bewaffnete Macht — zu arrogieren, in der Hoffnung, daß eines Tages ihre eigene Klasse, ihre eigene Partei den ganzen Staat gewissermaßen in sich auffaugen werde. Es ist aber auch natürlich und läßt sich aus der Theorie der Sozialdemokratie ableiten, daß sie gegen jede Heeresorganisation, soweit sie nicht klassenmäßig gerichtet ist, sein muß. Denn bedenken Sie doch: nichts anderes ist so sehr der Ausdruck der Staatsmacht wie das Heer. Es gibt keine Einrichtung, die so deutlich der Exponent der

Macht eines Staates ist, wie das Heer. Solange dieser Exponent schwach ist, ist auch der Staat schwach und in dem Moment verspricht er stark zu werden, wo dieser Exponent erstarkt. Nun hat die Sozialdemokratie seit den Tagen ihrer Gründer bis auf heute immer gelehrt, der Staat sei eigentlich etwas ganz Unmodernes, er müsse zerfallen und es müsse sich endlich aus dem Staate das einzig mögliche Moderne entwickeln: eine Gesellschaft, eine Kaufmannsgesellschaft, eine freie Genossenschaft. Das hat schon ihr Gründer, das hat der selige Marx ausgesprochen — um ihn hier selig zu sprechen — das hat Engels ausgesprochen, der sogar einmal das gute Wort geprägt hat: Die Menschen werden sich aus dem Tierreich erst dann zu wirklichen Menschen entwickeln, wenn sie endlich aus den Fesseln des Staates herauskommen.

Und er hat im Jahre 1871 von der neuerrichteten staatlichen Macht im Deutschen Reiche — verzeihen Sie, hohes Haus, wenn ich dieses rohe Wort hier ausspreche, es stammt von Engels, als von dem Nationaldreck gesprochen, der endlich beseitigt werden müsse. Ganz ähnlich sprach erst im Jahre 1919 einer der stolzen Führer der deutschen Sozialdemokratie, der tschechische Jude Rangkly. Auch er erklärte, der Staat müsse zerfallen und das einzig Richtige sei eine sich frei bestimmende Genossenschaft. Und ähnlich äußerte sich auch der vor kurzem von uns gegangene Rathenau, der auch erklärte, am Ende der Entwicklung müsse eine freie Gesellschaft stehen unter der Herrschaft metaphysischer Ideen. Welche Ideen das sind, da mußte man wohl in den Bekenntnissen der Weisen von Zion nachblättern, um auf diese Metaphysik zu kommen. Ich will damit sagen, hohes Haus, das jemand, der so sehr Feind der Staatsidee ist, das heißt also, eigentlich doch der Machtidee, naturgemäß auch ein Feind der Idee des Heeres sein muß, das ja nichts anderes als der klarste und schärfste Ausdruck der Staatsmacht ist.

Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben wohl die meisten kritisch veranlagten Menschen dazu geführt, zu erkennen, daß die Sozialdemokraten mit ihren ökonomischen Theorien eine große Pleite gemacht haben. Aber vielleicht in nichts hat die Sozialdemokratie eine so große Pleite gemacht, wie in der Nichtigstellung ihrer Behauptung, daß die Wirtschaft das Primäre, daß sie die Grundlage und alles andere nur ein Überbau der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Diese Lüge, diese falsche Behauptung ist auch in weite bürgerliche Kreise eingedrungen. Der Krieg hat uns das Gegenteil gelehrt, er hat uns wieder gelehrt, daß weit in erster Linie die politischen Machtmittel stehen, daß sie das Primäre sind und daß alle Wirtschaft sich erst aus diesen politischen Machtmitteln ergibt. Das hat das kluge England er-
unt,

das hat wohl auch Frankreich gewußt, leider hat Deutschland zu spät von dieser Wahrheit Kenntnis genommen. Schon der alte Liberalismus, schon der alte Kathedersozialismus, noch mehr aber die Lehren der Sozialdemokratie haben in weiten Kreisen unseres Volkes, auch bei uns hier in Österreich die Meinung verbreitet, daß es möglich sei, das ökonomische Gefüge aus den staatlichen Klammern herauszuheben. An dieser falschen Meinung, auch deswegen ist das deutsche Volk zugrunde gegangen. Schon vor dem Kriege hat man im Reiche draußen und auch bei uns hier gehört und leider hört man es jetzt wieder: Der Kaufmann voraus! Die Wirtschaft voraus! Sie erinnern sich noch sehr gut der Zeiten, wo man in Österreich und auch im Deutschen Reich sagte: Was brauchen wir irgendwelche Machtmittel, uns stehen ja die Märkte von Australien, Kanada usw. zur Verfügung! Jawohl, kaufmännisch waren diese Märkte schon gedeckt, aber machtpolitisch waren sie nicht gedeckt und darum hat auch das deutsche Volk in dem furchtbaren Ringen mit den angelsächsischen Staaten den Kürzeren gezogen, denn diese Staaten haben gewußt, daß es in erster Linie auf die machtpolitische Deckung der Wege ankommt, auf denen Lebensmittel und alle anderen Güter in die Heimat geschafft werden müssen.

Meine Herren Sozialdemokraten, Sie sind doch Feinde der Staatsidee, des Staatsgedankens, wie ich ausführte. Und trotzdem, ob Sie es bestreiten oder nicht, haben Sie vor der Staatsidee, indem Sie die Verträge von Versailles und von Saint-Germain willig, nicht unwillig, sondern willig anerkannten, vor der Staatsidee, vor der Idee der fremden Staaten eine tiefe Verbeugung gemacht. In dieser Hinsicht ist Ihnen, meine Herren, die russische Sozialdemokratie gewiß überlegen. So ein Mann wie Tschitscherin, erklärt, er will die außenpolitische Lage, die durch Versailles geschaffen ist, nicht anerkennen, er unterwirft sich nicht dieser außenpolitischen Lage. Sie unterwerfen sich ruhig der Staatsidee, die Sie in der Heimat bekämpft haben, Sie unterwerfen sich der Staatsidee in der Fremde. Dadurch hat die Sozialdemokratie allerdings den eigenen Staat zerstört, aber sie hat die fremden Staaten, die Staaten des westlichen Kapitalismus, des eigentlichen Kapitals außerordentlich gestärkt. Durch die kriegerischen Ereignisse sind Ihre ökonomischen Theorien aus dem Wolkenkuckucksheim auf die Erde herabzusteigen gezwungen worden und Sie haben bei diesem Herabsteigen ökonomisch Pleite gemacht, wie Sie es in moralischer und geistiger Hinsicht, wie ich schon sagte, getan haben. All Ihrem ökonomischen Gerede und Gefasel ist durch die staatliche Idee, die Sie nicht anerkennen wollten, ein furchtbares Halt geboten worden. Jetzt stellt sich im Deutschen Reich und auch bei uns in Österreich

heraus, daß der Kapitalismus des siegreichen Westens, den die Sozialdemokratie angeblich bekämpfen wollte, außenpolitisch von dem deutschen Marxismus geradezu gestützt wird. Was können wir denn jeden Tag hören? Es sei eine sittliche Pflicht, den Räubern, die uns in so schamloser Weise überfallen haben, die uns in den Krieg hineingedrängt haben, alles, das Letzte zu geben, was die deutsche Wirtschaft noch besitzt, und wir haben von einem Ihrer führenden Köpfe anlässlich des Hamburger Kongresses ein furchtbares Wort hören müssen, das jeden mit Grauen erfüllen muß, der es wirklich ehrlich und gut mit seinem Volke meint. Es hat der Abg. Welz auf dem Kongreß in Hamburg das Wort ausgesprochen: Die deutsche Arbeiterschaft hat ein volles Mitgefühl mit der Lage des französischen Volkes. Das wird heute gesagt, wo Schlagetter erschossen wurde, wo man in der infamsten Weise die Deutschen schändet und mordet und um ihr Hab und Gut bringt. Es ist eine wohl auf Klassenverhekung abgestellte Lüge, wenn behauptet wird, es sei ein großer Unterschied zwischen den Kommandierenden, den Generalen, den Offizieren und der Bevölkerung. Von dieser selben Bevölkerung hat ein Mann, dessen Intelligenz Sie hoffentlich nicht bestreiten werden, nämlich Artur Schopenhauer, gesagt — und zwar von der gesamten französischen Bevölkerung —: die anderen Weltteile haben Affen, Europa hat die Franzosen! So hat Schopenhauer von den Franzosen gedacht. Und ein echter Franzose, dessen Intelligenz gerade von Ihnen sehr gefeiert wird, Voltaire, hat sich in der vernichtendsten Weise über seine eigenen Landsleute ausgedrückt. Der Blutdurst, die Grausamkeit, der Sadismus ist keineswegs eine Eigenschaft, die bei den französischen Offizieren und Generalen Halt macht, sondern, wenigstens den Deutschen gegenüber, das ganze französische Volk durchdringt. Und in den Augenblicken der unerhörtesten Knechtung wagt es ein Führer der deutschen Sozialdemokratie zu sagen: die deutsche Arbeiterschaft hat ein volles Verständnis für die Lage des französischen Volkes! (Schiegl: Das kümmert ja doch Sie nichts!) Von dem Rechte, mich darum zu kümmern, werde ich Gebrauch machen, verehrter Herr Kollege, ob Sie es wollen oder nicht. (Zwischenrufe.) An die Stelle des deutschen Kapitalismus, den Sie angeblich so lange bekämpft haben, ist ein Kapitalismus getreten, mit dem Sie allerdings schwerer werden fertig werden: an die Stelle des deutschen Kapitalismus ist der englische und amerikanische Kapitalismus getreten und an dem, fürchte ich, werden Sie sich trotz Ihrer gewerkschaftlichen Organisationen die Zähne ausbeißen. Was nützt es denn, was würde es Ihnen helfen, wenn Sie heute den deutschen Unternehmer — was ja teilweise schon geschehen ist — expropriieren könnten, wenn das gesamte deutsche Volk expropriert wird? Wenn heute Deutschland um seine reichsten Provinzen

gekommen ist, wenn auch Österreich gänzlich verarmt ist, kommt es da noch auf die Expropriierung des einzelnen deutschen Unternehmers an? Die Expropriierung des ganzen deutschen Volkes durch das westliche Kapital ist Ihnen nicht sehr schmerzlich gewesen. Und nun stellt es sich sehr klar und deutlich heraus, was eigentlich die tiefe — wenn Sie wollen, vielleicht schmeichelt Ihnen das — was eigentlich die große weltpolitische Bedeutung und Aufgabe der Sozialdemokratie bis jetzt war. Sie war nicht ökonomischer Natur, ich bestreite das: sie war in erster Linie politischer Natur, und was Sie fertiggebracht haben, das war die Unterwerfung der östlichen und der mittleren Staaten Europas unter das Finanzkapital der westlichen Demokratien. Dazu haben Sie beigetragen, ganz die Wünsche Ihres Meisters und Schöpfers Marx erfüllend, der ja bekannterweise ganz in der westlichen Kultur wurzelte. Ein oder das andere Mitglied der linken Seite lächelt dazu. Ich bin tieft überzeugt, daß es nicht in der Lage ist, an den Worten, die ich jetzt gesprochen habe, eine wirkliche Kritik üben zu können.

Nun, meine Herren, nach diesen Tatsachen nimmt es wohl sehr wunder, wenn einer der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Herr Dr. Bauer, auf dem Kongreß in Hamburg entrüstet erklärt hat: Es stellt sich nunmehr heraus — das ist ungefähr der Sinn seiner Worte gewesen — daß der Völkerbund nichts anderes ist als ein Instrument zur Niederzwingung unserer Staaten durch die westlichen Staaten. Weiß das Herr Dr. Bauer erst heute? Das haben wir schon lange gewußt. Aber ich erinnere Sie da an die sehr interessante Tatsache, meine verehrten Herren, daß anlässlich eines Ihrer vielen Kongresse in Wien Herr Dr. Bauer einmal das interessante Wort, das man nicht vergessen sollte, aussprach: Es war notwendig, der österreichischen und der deutschen Arbeiterschaft betreffend die Entente und betreffend den Völkerbund Illusionen zu erwecken! Wenn Sie dieses Wort tief durchdenken, so werden Sie auf ganz sonderbare Anschauungen des Herrn Dr. Bauer kommen. Solange wir im Kriege standen, war es also nach seiner Meinung notwendig, in dem deutschen Arbeiter Illusionen über die Entente zu erwecken. Er selbst wußte natürlich, daß die Entente ganz anders beschaffen ist und genau so beschaffen ist, wie sie sich eben heute zeigt. Es hat die Sozialdemokratie dadurch beigetragen zur Unterwerfung unserer gesamten Wirtschaft unter dem Welttrutz für Auslandsunternehmungen und Auslandskredite, und wenn diese Herrschaften jetzt so sehr zetern, daß wir Kredite aus der Hand der Ausländer annehmen mußten, so ist das wirklich drollig, nachdem sie uns selbst diesem Trutz für Auslandskredite unterworfen und botmäßig gemacht haben. Herr Dr. Bauer hat auf diesem Kongreß die Sorge geäußert, es könnte dem

österreichischen Beispiel auch Ungarn und das Deutsche Reich folgen und es werde vielleicht nächstens auch Ungarn und das Deutsche Reich unter eine Finanzkontrolle gestellt werden. Ja, gewiß wird das geschehen, und zwar deswegen wird es geschehen, weil Sie eben den westlichen Kapitalismus zum Herrn unserer gesamten Wirtschaft gemacht haben. Die einzige wahre Internationale, der Sie auch dienen, meine Herren, ist die Internationale des großen, überwiegend zu 98 Prozent jüdischen Weltkapitals. Diese einzige wahre Internationale besitzt in sich aber schon gar nichts von Brüderlichkeit, sondern sie läßt sich lediglich von kalten Zweckmäßigkeitsermägungen leiten, wie sie die Welt und auch unseren armen Staat in Ausbeutungsprovinzen gliedern kann. Es müssen Worte aus jüdischem Munde immer sehr gut geprüft werden und man sagt diesen Worten nach, daß sie sehr häufig einen doppelten Sinn hätten. Diesen doppelten Sinn hat offenbar auch das Wort eines ihrer Führer, des deutschen sozialdemokratischen Führers Hilferding, der auf dem Kongresse sagte, er wolle dem Internationalismus des Kapitals den Internationalismus des Proletariats gegenüberstellen. Das hat seinen doppelten Sinn. Ich glaube schon, daß er das will. Er will dem Internationalismus des Kapitals als Sklave den armen Proletarier, den „Prolet-Arier“, wie wir vor kurzer Zeit nach einer interessanten Version lesen konnten, als Ausbeutungsobjekt gegenüberstellen. So ungefähr dürfte sich das Hilferding gedacht haben und es ist schon mehr als eine Kühnheit, wenn vor wenigen Wochen in diesem Hause Dr. Ellenbogen und gestern der Sprecher der Sozialdemokratie Dr. Danneberg erklärte, wir, die bürgerlichen Parteien, hätten die Volkswirtschaft unserer Heimat an unsere Feinde ausgeliefert. Nachdem Sie selbst uns auf dem Präsentierteller dem fremden, westlichen Kapitalismus angetragen haben, haben Sie die Stirne, uns als die Verräter hinzustellen. Es ist das der alte Witz: Die Herren tun etwas und wenn es geschehen ist, sagen sie: Bitte, seid doch haftbar dafür und entschuldigt euch vor der Öffentlichkeit für das, was wir getan haben! Das, was sie taten, meine Verehrten, ist ein arger nationaler Verrat an der gesamten Nation, es ist aber auch ein furchtbarer Verrat an Ihrer eigenen Klasse, es ist auch ein sozialer Verrat. Und wenn Sie heute in Ihren Blättern klagen, die Seipelei und die Genserei zerstöre alle Sozialpolitik, so sage ich Ihnen, daß die Sozialpolitik von ganz etwas anderem zerstört wird. Die Sozialpolitik wird sich in den von Amerikanern und Engländern aufgekauften Fabriken — es ist das schon in großem Maße geschehen — trotz ihres Geschreies nicht halten lassen. Gegen diese mächtigen Herren werden Sie auf die Dauer nur die sanften Appelle an Völkerveröhnung und Verbrüderung und Weltgewissen haben, nur gegen uns richten Sie

die gepanzerte Faust. Es ist gar kein Geheimnis, daß die Zerstörung der hochwertigen sozialpolitischen Einrichtungen im Deutschen Reich und in Österreich eines der Ziele der westlichen Feinde ist, die Sie uns immer als westliche Demokratie, als Beispiel hingestellt haben. Ich will hier von der furchtbaren Verheerung, die Ihrerseits betrieben wird und die in einer Rede, die erst vor wenigen Wochen Dr. Bauer gehalten hat, ihren Ausdruck gefunden hat, daß wir am Kriege schuld seien, daß wir die Kriegsveranlasser seien, nicht reden. Es ist das ein solch törichtes Unnennmärchen, wenn es nicht eine bössartige bewußte Lüge ist, daß eigentlich kein Wort darüber zu verlieren ist. Lassen Sie mich nun von der allerletzten Zeit sprechen. In das eherne Gefüge Marokko — italienischer Krieg um Tripolis — zwei Balkankriege und Weltkrieg kann sich gar nichts mehr einschließen, da kann nicht mehr das serbische Ultimatum und alles, was Sie sagen, in Betracht kommen, darüber haben uns die Dokumente eines Besseren belehrt. Es ist eine nichtswürdige, auf Klassenverheerung abgestellte Täuschung, nach der unermesslichen Kriegsschuld, die die westlichen Staaten und der eine zugrunde gerichtete östliche Staat auf sich geladen haben, uns noch zu sagen, wir seien an diesem Krieg in erster Linie schuld. Sie wissen ganz genau, wer schuld daran ist. Ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß die Sozialdemokratie überall, auch in Österreich und im Reich, die Staaten sturmreif gemacht hat. Sie haben sie durch Ihre jahrzehntelange Arbeit unterhöhlt, Sie haben sie verdächtigt in der ganzen Welt mit Verleumdungen — an der Spitze auch des großen englischen Verleumdungsbureaus stand bekanntlich ein Jude, der nun das Zeitliche gesegnet hat — das wissen Sie ganz genau und ich erinnere Sie an die eine Tatsache, daß Scheidemann wenige Tage vor Ausbruch des Krieges nach Paris fuhr und dort, wahrscheinlich zur lebhaften Freude der Franzosen, erklärte, die deutsche Arbeiterschaft werde niemals bereit sein, an einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich teilzunehmen. Dadurch stärkte man die Franzosen in ihrer Vernichtungsabsicht, weil sie glaubten und damit rechneten, daß Sie nicht mittun würden. Sie haben es nicht gewagt, weil die nationale Stimmung doch stärker war und Sie im Momente der nationalen Begeisterung weggesetzt hätte. Weil sie glaubten, Sie würden nicht mitgehen, darum haben Frankreich und die anderen Mächte diesen Krieg gewagt. Die Schwäche zieht immer den Blix an, das ist eine bekannte Tatsache und Sie wissen es ja wohl, wo die eigentliche Schuld ist. Ich erinnere Sie an ein sehr interessantes Buch, das leider in unseren Kreisen fast gar nicht bekannt ist. Es ist das ein bei Hoffmann & Campe in Hamburg und Berlin erschienenenes kleines Werk, das sich betitelt: „Revolutionsalmanach“, erschienen im Jahre 1919.

In diesem Revolutionsalmanach werden von dem Tage des Ausbruches des Krieges bis zum Zusammenbruche kalendarisch alle Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei aufgezeichnet, die zur Zermürbung von Heer und Heimat beigetragen haben. Und da ist auch Österreich sehr wacker vertreten. Diesen Revolutionsalmanach von Campe sollten Sie in Massen im Volke verbreiten. Es ist sehr rühmlich der Tat des Herrn Dr. Adler zum Beispiel gedacht als einer der besonderen Taten und Ihre Namen kommen gar nicht so spärlich vor, bei der großen geistigen Bedeutung, die Sie natürlich besitzen und die Ihnen unbestritten zukommt. Wenn Sie und wenn wir alle heute auf einem Trümmerhaufen stehen, auf dem fast nichts mehr wächst, so haben Sie daran einen erheblichen Anteil.

Ich erinnere Sie auch an die Äußerung eines schweizerischen Sozialdemokraten, namens Baumeister, der in einer in Wien erscheinenden Zeitung „Der Betriebsrat“ einen ungemein interessanten, aufklärenden Artikel schrieb. In diesem Artikel, der im August vorigen Jahres erschien, zerpfückt der Verfasser den Gedanken der internationalen Solidarität und erklärt, daß das eigentlich ein Truggebilde sei. Dann sagt er fast wörtlich — der Sinn ist es genau —: „Die Lasten der internationalen Solidarität wird immer die Arbeiterschaft tragen müssen, die am meisten von den Ideen der internationalen Solidarität erfüllt ist.“ Das ist, glaube ich, sehr deutlich gesprochen. Und wenn man sich die Vertreter dieser internationalen Solidarität ansieht, wie sie auf dem Kongreß in Hamburg eine große Rolle spielten, so ist das allerdings eine sonderbare Gesellschaft. Denn unter ihnen befindet sich der berühmte Albert Thomas, der heute eine sehr gut bezahlte Stelle in Genf einnimmt, der — ich sagte das schon einmal vor Monaten in diesem Hause unter dem Gelächter der Sozialdemokraten — im Kriege Munitionsminister gewesen ist. Wahrscheinlich werden unsere deutschen Sozialdemokraten das so wenig wissen, daß ihnen das komisch vorkommt. Das hat ihnen die „Arbeiter-Zeitung“ nicht gesagt, daß ein führender Sozialdemokrat in Frankreich im Kriege Munitionsminister gewesen ist. Und so sind wahrscheinlich unsere deutschen Arbeiter auch nicht von den Ideen des Herrn Wandervogel unterrichtet, der einer der größten Kriegsheer gewesen ist, den man sich denken kann. Nunmehr hören wir, daß verlangt wird — ich weiß nicht, von wem es verlangt wird, ich glaube von der Sozialdemokratie im Sudetenland —, daß die tschechischen Sozialdemokraten, die so sonderbar gegen die berechtigten Forderungen der Deutschen handeln, aus der Internationale hinausgestellt werden. Versuchen Sie es nicht, meine Herren, denn dann müssen Sie alles hinausstellen. Es gibt außer Ihnen wohl niemanden, der von dem Gedanken der internationalen Solidarität erfüllt und durchtränkt ist. Sie würden

allein in dieser Internationale zurückbleiben, wie Sie ja auch allein tatsächlich deren Träger sind und unsere österreichische Arbeiterschaft die Träger ihrer Kosten. Es ist begreiflich, daß von der Sozialdemokratie bei der Stellung, die sie einnimmt und wie ich sie zeichnete, ein namhafter Franzose, Leon Daudet, vor gar nicht langer Zeit — er ist ein intimer Freund Clemenceaus gewesen — den denkwürdigen Ausspruch tat: Ich liebe die deutsche Sozialdemokratie weil ich Deutschland wie die Pest hasse. Es ist begreiflich! Ich glaube, jedes Wort, das man dieser Äußerung hinzufügen würde, wäre eine Abschwächung dieser interessanten französischen Mitteilung.

Und nun lassen Sie mich zu einem anderen Kapitel kommen, das aber mit diesen Dingen sehr eng zusammenhängt, auf unsere Schulverhältnisse, soweit sie die Öffentlichkeit, die Gesamtheit interessieren müßten. In keinem Volke der Erde sind so viele das Deutschtum zermürbende Kräfte tätig wie in unserem Volk und infolgedessen ist es doppelte Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß alle Erziehungseinrichtungen des Staates und der Öffentlichkeit mit nationalem Geiste durchtränkt werden. Nach Verlust der öffentlichen Macht kann das deutsche Volkstum nur eine doppelt starke Betonung der inneren Eigenart vor dem sicheren Untergang retten und hier erwächst der Schule eine unendliche Aufgabe, die anderswo längst erfüllt ist. Nicht so sehr kommt es darauf an, wie es in einem jetzt verbreiteten Schulprogramm verhandelt wird, daß wir eine deutsche Schule bekommen, wir verlangen, daß unsere Schule deutsch sei, und das ist leider bis jetzt nicht im entferntesten der Fall. Es war im alten Österreich nicht der Fall und es ist auch heute nicht der Fall. Ich habe mich der Mühe unterzogen, eine Reihe von Lese- und Geschichtsbüchern der unteren und mittleren Schulen daraufhin zu prüfen. Es ist geradezu ein Skandal — ich muß es hier sagen —, wie marklos vom nationalen Standpunkte heute die Bücher sind, mit denen unsere Jugend und an denen unsere Jugend aufgezogen werden soll. In diesen Büchern wird, besonders in Wien fast systematisch darauf hingearbeitet, den Schwertgeist des deutschen Volkes zu ersticken. Da hat ja auch Otto Bauer einen sehr interessanten Ausspruch, der ein ganzes Kulturprogramm ist, auf dem Kongresse getan. Er sprach vom „verfluchten nationalen Machtgeist“, der bisher das deutsche Volk so furchtbar in das Unglück gebracht hat und der vor allem in der Jugend-erziehung niederzuringen sei. Das müssen wir uns heute gefallen lassen. Also der Gedanke des Machtgeistes ist aus unserer Jugenderziehung anzujäten. Eine saubere Erziehung! Ich erkläre hier, daß die Verschleuderung materieller Güter, durch die Kriegsschieberei keine solche Verheerung angerichtet hat, als der Diebstahl der ungeheuren moralischen Güter unseres Volkes, die es in den heldenhaften Kämpfen

des Krieges angehäuft hat, ein moralischer Diebstahl für unsere Kinder und unsere Jugend. Da sind Taten geschehen, an denen sich eine ganze Generation wieder aufrichten kann, und das wird ihnen vor-enthalten. Das ist Ihnen ärger als die ganze Schieberei. Die fremden Völker tun es anders. Die berühmten westlichen Demokratien verehren auch heute noch Napoleon, sie verehren auch heute noch Wellington und Nelson und Sie waren erst vor kurzem im Frankfurter Parlament; vielleicht sind Sie auch an dem Sitz eines Mannes gestanden, der sich Jakob Grimm nannte. Dieser nicht ganz unbedeutende Herr hat einen ganz interessanten Ausspruch getan, er sagte: Einem Volke, das keine Vergangenheit haben will, erblüht auch keine Zukunft. Und dazu werden wir durch die sozialdemokratische Kulturpolitik geführt. Schauen Sie sich einmal unsere Geschichtsbücher an! Die Geschichte wird immer mehr in unseren Schulen eine Literatur-, eine Kultur- und eine Wirtschaftsgeschichte und wenn man aus unseren Geschichts- und Lehrbüchern die Kriegsgeschichte hinauswirft, so entmannt man unsere Jugend, denn in den entscheidenden Epochen der Geschichte wird die Geschichte immer Kriegsgeschichte sein; sie war es und sie wird es auch immer sein. Wenn die Sozialdemokratie die neue Zeit und den Beginn der neuen Zeit darstellen will, so muß sie es ja auch mit den blutigen Straßenkämpfen des 9. oder 12. November tun — ich kenne diese Daten nicht ganz genau — also Krieg sieht auch am Beginn ihrer Geschichte von gestern. Wenn Sie so moderne, sozialdemokratisch infizierte Geschichtsbücher ansehen, so sieht es so aus, als wären die Cäsaren der Weltgeschichte bessere Arbeiter und Betriebsräte, so werden sie dargestellt. Es gibt in Ihren Kreisen einen Mann, den Sie sehr verehren, er hat Ihnen einen so ähnlichen Leisfadon geschrieben, auf den das Wort, das ich hier ausspreche, vollkommen paßt, und es mag wohl die Absicht sein, unsere Jugend statt in der Verehrung vor den großen Männern vor den Allerkleinsten mit Furcht zu erfüllen, vor der großen Masse. Das ist das Bestreben Ihrer Erziehung, meine verehrten Herren. Wir haben da eine Geschichtsphilosophie eines Ihrer geistigen Führer in Hamburg gehört, die wohl zu dem komischsten und sonderbarsten zählt, was man auf sich einwirken lassen kann. Herr Dr. Otto Bauer hat es fertig gebracht, die Taten des Haynau und irgendwelche blutige Unterdrückertaten mit den Taten des deutschen Schwertes in Rußland zu vergleichen. Er hat wohl auch von Kosjuth gesprochen und hat ihn gefeiert. Ich glaube, wenn Kosjuth heute lebte — ich weiß es nicht genau —, stünde er mehr auf seinen Horthys als auf seinen Béla Kuns. (Zustimmung.) Ich glaube, daß Sie da sehr schmerzliche Enttäuschungen erleben würden. Herr Dr. Bauer hat die sonderbare Geschichte fertig gebracht, von einem einzigen Imperialismus

zu sprechen, dem eine einzige proletarische Front gegenüberstehen müsse.' So drückt sich ja die Sache in den jüdischen Gehirnen aus, die alles mechanisieren und alles auf eine Schablone bringen wollen. Es gibt nicht einen Imperialismus, sondern es gibt einen so vielfachen Imperialismus, als es Völker gibt, und es gibt nicht eine Abwehrfront, sondern tausende, aber Sie möchten alles unter einen Hut bringen und natürlich dann die rote Feder auf diesen Hut hinaufstecken. (Heiterkeit.)

Ich erinnere Sie daran, weil Sie sich ja so gern als eine stolze Kulturpartei rühmen. Ich erinnere Sie daran — hier können Sie es noch nicht, ich hoffe, daß Sie es auch dauernd an unseren Universitäten und Hochschulen nicht können werden, aber wohin Ihre Machtgelüste zielen, sieht man sehr deutlich an der Entwicklung Sachsens und leider auch Preußens. Wenn dort ein Universitätsprofessor für Geschichte etwas lehrt, was den Herren Sozialdemokraten nicht paßt, dann wird nach dem Polizeimanne gerufen. Der Abg. Weil hat vor kurzem gesagt: „Wenn diese Professoren sich an die modernen Einrichtungen von heute nicht gewöhnen, soll man ihnen mit den machtpolitischen Mitteln des Staates nachhelfen.“ Das nennt man keinen Obrigkeitsstaat, das ist die demokratische, freie Entwicklung, und daß Sie es bei uns so machen würden, ist sicher. Es ist sehr interessant, für die Kultur, die von Ihnen verzapft wird, einen Ausspruch zu kennen, gegen den sich kaum etwas von Ihrer Seite einwenden läßt. Vor gar nicht langer Zeit — es ist etwa ein halbes Jahr her — ist der langjährige Führer der Seemannsgewerkschaft, Paul Müller heißt er, ein jahrelanger, getreuer Sozialdemokrat, aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten, weil er die Anfehlungen für sein Eintreten für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge satt hatte, und er meldete seinen Austritt aus der Partei mit den interessanten Worten: „Nachdem ich festgestellt habe, daß die sozialdemokratische Partei in ihren führenden Kreisen und ihrer Presse darauf und daran ist, nicht nur das freie Wort zu unterdrücken, sondern auch den Geist zu töten, würde ich es als Heuchelei betrachten, wenn ich dieser Partei noch ferner angehörte. Daher mein und meiner Frau Austritt aus dieser Partei.“ Das nennt man Reaktion. Ich kann Sie aber versichern, daß die Gegenwirkungen auf Ihre Aktionen, die von Ihnen „Reaktion“ genannten Handlungen unendlich mehr Kulturwert besitzen als alle Ihre Aktionen zusammen genommen. Denn ich habe eine so kulturfeindliche, eine so kulturleere Gesellschaft, eine so sehr von Halbbildung, so sehr von Masseninstinkten erfüllte Partei wie Sie, in der Geschichte noch nicht kennen gelernt. Gewiß, Sie haben auch auf dieser Seite vielleicht vier, fünf wirklich gebildete Herren; mag sein, vielleicht sind es sechs. Das Übrige ist dann so

wie die Sozialdemokratie. Deshalb prohen Sie nicht und sprechen Sie nicht von Kultur und werfen Sie uns nicht Reaktion vor. Ich gestehe, daß ich heute stolz bin auf das Wort Reaktion, denn in der Richtung der Reaktion wird sich die Genesung unseres Volkes vollziehen, nicht in der Richtung Ihrer Aktionen. Das steht für mich fest.

Nun gestatten Sie mir eine ganz kurze Bemerkung über die Schulpolitik, da ja auch in Ihren Kreisen Ihre Schulpolitik gerade jetzt eine so große Rolle spielt. Wir sprechen so viel von Einheitsschule. Ich gehe auf die nähere Kritik jetzt in der Generaldebatte nicht ein. Aber auf eines will ich doch hinweisen: Die Herrschaften, die so sehr für die Einheitsschule eintreten, sind nicht die Leute, die all das wirklich beseitigen wollen, was zur Trennung und Zerklüftung unseres Volkes führt. Aus der Einheitsschule kommt gewiß nicht die Einheit unserer Nation. Das träumt nur ein Idealist und ein weltfremder Pädagoge. Die Einheit kommt aus anderen Dingen. Auch England hat keine Einheitsschule und ist doch eine einheitliche Nation. Der Zwiespalt unserer Nation stammt aus furchtbaren Klassentatsachen, die zu beseitigen manche Bannerträger der Einheitsschule nicht gewillt sind. Lassen Sie es sich mit diesen Worten, die, wie ich glaube, einen Kernpunkt der ganzen Frage berühren, genügen. Ich will mich auf das Detail in diesen Dingen nicht einlassen.

Aber eines gestatten Sie mir noch zu sagen, es ist ja vielleicht heute an der Zeit. Ich glaube, auch das entspringt einem gewissen Plan: Unsere Jugend, unsere Kinder in den Schulen sind von einer schrecklichen Unwissenheit, von einem ungeheuren Mangel an Kenntnissen in den notwendigsten Dingen. (Zustimmung.) Die Klagen hierüber verstummen nicht. Ich glaube, daß diese ganze Geschichte einen tieferen Grund hat und daß sie einem tieferen, vielleicht für unsere Augen nicht geschriebenen Programm entspricht. Es wäre ja heute schon möglich, da eine Prüfung anzustellen und einfach Stichprobenprüfungen zu veranstalten: Was hat das Kind früher in den wesentlichen Dingen gekannt und was kann es heute? Dann würde man heute ein erschreckendes Minus sehen. In diesem Tempo darf es nicht weitergehen; das ist nicht eine spezielle Schulfrage, sondern eine Frage, die die ganze Nation berührt. Wenn wir das weiter so treiben, dann werden wir allerdings in der Masse enden, dann werden wir kein Volk, sondern eine in Atome aufgelöste Masse sein, weil wir eben nicht mehr durch wirkliche Bildung zusammengehalten werden. Auf diese Dinge sind die Lenker unseres Staates dringend aufmerksam zu machen. Ich wünsche natürlich, daß unsere Lehrerschaft durch alle möglichen Reformen möglichst tief und weit gebildet werde. Ich wünsche das deswegen, weil ich hoffe, daß sie immer größeren und größeren Einfluß auf die Bevölkerung bekommen wird. Aber

ich wünsche auch, daß alle Lehrerbildung nicht weltfremd werde. Mit dem bloßen Studium auf der Universität, mit dem bloßen Studium von Lehrbüchern ist es nicht getan. Die Lehrerbildung muß trotz aller auf den Universitäten, auf den hohen Schulen erlernten Theorien auch praktisch gestaltet sein. Denn es gilt von der Erziehung genau das selbe, was Fichte von der Wissenschaft sagte. Fichte erklärte einmal: Besser ein Leben ohne Wissenschaft, als eine Wissenschaft ohne Leben. Die Gestaltung unserer Einrichtungen ist ein bißchen leblos. Wenn Sie sie mit den angelsächsischen Einrichtungen vergleichen, wo alles auf den Willen eingestellt ist, so werden Sie mir zugeben, daß von dem Fichtewort manches zutrifft, wenn man es auf die Einrichtungen unserer Erziehung anwendet.

Lassen Sie mich ein kurzes Wort über die Dinge sprechen, die mit der Schule sehr eng zusammenhängen, über die religiösen Dinge, über die religiösen Fragen. Es sind ja Dinge, die in die Tiefe des Volkes führen. Nur ganz wenig. Wir sehen es immer genauer und genauer, daß es das Ziel der Sozialdemokratie ist, unserem Volke die religiösen Dinge einfach aus der Seele zu reißen. Sie wissen warum Sie das tun. Ein Volk, das nicht religiös verankert ist, wird durch den Sturm der Geschichte wie ein dürres Blatt aus der Geschichte hinausgeweht werden. Das wissen Sie und Sie decken sich heute mit dem fadenscheinigen Wort: Religion ist Privatsache. Das ist, so ausgesprochen, in dem Sinne, in dem Sie es meinen, ganz gewiß falsch. Ich erkläre Ihnen, daß Gottesfurcht, daß Gottesglaube im höchsten Sinne Volkssache ist und nicht Privatsache. *(Beifall.)* Die Stellung zu den einzelnen Dogmen der Kirche mag Privatsache sein, aber Gottesglaube ist Volkssache. Das hat die Geschichte gelehrt und sie wird es in aller Zukunft lehren und darum wollen Sie uns betrügen. Sie erreichen das Gegenteil, wie es die teuflischen Mächte glücklicherweise so oft tun. Ich will mich nicht darüber auslassen, ob es gut war, daß, sagen wir, die Wehrmacht gezwungen oder ungezwungen, wie Sie sagen, an den religiösen Festen teilnimmt. Ich habe es aber vor kurzem in Stöckerau gesehen. Ihre Aktionen führen zu einer religiösen Reaktion und führen dazu, daß alle Anständigen an diesen Festen teilnehmen, von denen Sie sie gerne ferne halten möchten. Sie bringen sie selbst dazu. Nur so weiter in dieser Tonart, dann werden Sie auch hier eine religiöse Welle erzeugen, die unter anderem auch Sie wahrscheinlich einmal wegschülen wird. *(Zwischenrufe und Heiterkeit.)* Ich will es gar nicht bestreiten, meine verehrten Herren, daß wir ein großes Ziel anstreben müssen, dem wir heute gewiß noch ferne stehen. Es gebührt sich doch wohl, daß man in der Generaldebatte, in der man ein politisches Bild der Gesamtlage zeichnet, auch von einem ferneren

Ziele spricht. Ich scheue mich nicht, hier auszusprechen: Das Ziel, dem wir zustreben müssen, ist der christlich-deutsche Staat. Denn ich deute damit die beiden Säulen an, von denen das Gebäude unseres Volkes wird getragen werden müssen. Aus dieser Tatsache, die wir einmal auch im Parlament durchsetzen werden müssen, aus dieser Tatsache des christlich-deutschen Staates, meine verehrten Herren, wird man endlich zahlreiche Folgerungen ableiten. *(Zwischenrufe.)* Über diese Ziele und auch über das Gelächter von heute wird der Ernst der Zukunft ruhig zur Tagesordnung übergehen. Dieses Ziel, meine Verehrten — wir warten, wir sind nicht so eigennützig und wir lieben unser Volk so sehr, daß wir auch bereit sind, in der Gegenwart auf manches zu verzichten und daß wir deswegen nicht aufhören werden, es anzustreben —, dieses Ziel können wir freilich nur erreichen, wenn auch jene Macht gebrochen wird, deren Träger ja zahlreich auf den Bänken dieses Hauses sitzen. Sie wissen, was ich meine. Es wird auch das Ziel sein, das wir anstreben, einen Staat zu erreichen, in dem nur die Deutschen — wir sind ja heute ein geschlossener deutscher Staat — auch wirklich Vollbürger sind.

Ich bin vor wenigen Tagen durch die Ladorstraße gegangen und habe zufällig meinen Blick auf die Produktenbörse hinaufgewendet. Dort habe ich oben eine Aufschrift gesehen, die Sie vielleicht gar nicht kennen, an der Sie vielleicht achillos vorübergegangen sind, die aber außerordentlich interessant ist. Es steht dort oben in lateinischen Worten: In usum cuiuscunque nationis et linguae, das heißt: Zum Nutzen und zum Gebrauche jedweden Volkes und jedweder Sprache. Das mag eine passende Aufschrift auf einer Produktenbörse sein, aber eine passende Aufschrift für das Staatsgebäude ist es gewiß nicht. *(Zustimmung.)* Nicht in usum cuiuscunque nationis, sondern zum Gebrauch und zur Wohlfahrt des deutschen Staates und der Eingeborenen. Was wir anstreben müssen, ist etwas, was die Geschichte schon lange gehabt hat: wir werden es nicht heute und morgen erreichen, aber wir werden es ganz gewiß in der Zukunft erreichen. Das wird sein, daß wir bei aller kultureller Schonung, die unsere wehleidige Gegenwart erfordert, wieder ein Fremdenrecht erreichen müssen. Wir werden, wenn Sie wollen, ein sehr anständiges Fremdenrecht erreichen müssen, unter das alle diejenigen gestellt werden, die nicht unseres Volkes und, wenn Sie wollen, nicht unserer Rasse sind. Das mag ja eine der Früchte des Krieges sein, daß wir national nun alle beisammen sind. Wir wollen es auch wirklich sein. Wir sind es so lange nicht, als in unserem Staate das gehandhabt wird, was auf der Produktenbörse steht.

Meine verehrten Herren der jüdischen Rasse! Ich will Sie auf eines aufmerksam machen. Sie haben die Throne und haben die Fürsten stürzen geholfen. Wem verdanken Sie denn die Möglichkeit, heute gegen Volk und Staat zu wirken, als diesen Fürsten? Die Emanzipation wurde den Juden gegen den Willen der Völker, gegen den Willen des Volkes leider von kurzichtigen, verblödeten Fürsten, allerdings unter Garantien gegeben, von denen das Judentum auch nicht eine einzige erfüllt hat. Und weil es das nicht getan hat, wäre es wohl an der Zeit, auch diesen Vertrag wieder einmal ein bißchen zu revidieren. An unseren hohen Schulen klagen und jammern Sie über den Numerus clausus. Mag sein, daß auch an der Universität Wien und an anderen hohen Schulen sehr begabte jüdische Forscher lehren. Allein ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß Kunst und Wissenschaft nicht ein internationaler Selbstzweck ist, sondern daß auch Kunst und Wissenschaft lediglich ein Mittel zur Erziehung des eigenen Volkes ist. Ein Mensch, und wenn er der größte Maler wäre, der von seinem angestammten Volke nichts wissen will, ist nichts anderes als ein Farbenquister. Alles andere dient der Nation, dient der Erstarbung und wie wollen Sie von den Herren Einstein und den anderen Herren, die Sie so zahlreich haben, eine Erziehung — vielleicht Ihres Volkes, die können Sie erwarten — aber eine Erziehung des deutschen Volkes erwarten? Das ist da wohl ein Ding der Unmöglichkeit. Was wir wollen, ist ein Abbau der jüdischen Scheinkultur und ein Aufbau des echten deutschen Volkstums. Was hat denn die Idee des Judentums mit der Arbeiterschaft, was hat sie mit der Republik zu tun? Sie verstehen es so gut, immer die großen Ideen der Menschheit — verzeihen Sie den Ausdruck — zu beschmufen (*Heiterkeit*), so daß es, wenn man Sie haut, so klingt, als ob man die großen Ideen hauen wollte. Und daraus leiten Sie, meine Herren, Ihre Kraft ab. Ich will mich darüber nicht mehr verbreiten, aber eines gibt doch sehr viel zu denken. Wenn heute die Verträge von Versailles und Saint-Germain aufgehoben würden, so würde eine Fülle von Privilegien der jüdischen Rasse aufgehoben sein. Weil die jüdische Rasse sich hinter vielen Paragraphen von Versailles und Saint-Germain deckt, wie der Hase sich in einer Furche deckt, sind Sie dafür, daß diese Verträge aufrecht bleiben. Darin liegt vielleicht der größte Verrat, den ihre Rasse an dem deutschen Volke begangen hat. Sie sind deswegen dagegen, weil Sie wissen, daß Sie dann, ich will nicht sagen, ungeschützt wären, aber viele Paragraphen dieser furchtbaren Verträge sind, ob das nun in Bukarest oder in Pest oder in Wien oder Berlin ist, zugunsten des Judentums verfaßt worden, zu

seinem Schutz, und so oft man etwas gegen diese furchtbare Macht tun will, heißt es immer: Ja, der Vertrag, Paragraph soundso viel der Verträge von Versailles und Saint-Germain. Darin können Sie Ihre Stellung sehr deutlich erkennen.

Mit diesen Dingen hängt eine andere Frage wesentlich zusammen, die ganz unermeßliche Rassenfrage, die ich hier natürlich nur andeuten kann. Aber ich will Ihnen eines sagen. Es wird so selten ausgesprochen und es schadet nichts, wenn es einmal von dieser Stelle aus gesagt wird. Die Rassenpolitik sollte zur Erziehung des eigenen Volkes beitragen. Die Sozialpolitik von heute, so wie wir sie treiben, ist auf dem besten Wege, die Rassenpolitik zu ersticken. Es ist eine ganz sonderbare Sache. Die Sozialpolitik, die der Pflege und Förderung des Kranken und des Minderwertigen dient — ich bitte, darin keine Härte zu sehen —, ist Sache des öffentlichen Rechtes, die Pflege des Gesunden, des Edlen, Tüchtigen, ist Sache des privaten Rechtes. Ich möchte wissen, den wievielten Teil der Summe, die für das Krankhafte verwendet wird, wir für die Pflege des Edlen und Gesunden in unserem Volke verausgaben! Die Sozialpolitik von heute hat eine sonderbare Wendung genommen. Man läßt ein Volk ruhig krank werden und verfeuchten und die Sozialpolitik gießt dann ein paar Gesundheitstropfen hinein. Alle diese Summen sind vergeudet. Es wäre viel besser, endlich daran zu denken, daß es sich mehr um die Erhaltung des Edlen, des Gesunden in einem Volke handelt, als um die Schätzung des Kranken und Minderwertigen. Wenn unsere Gesetzgebung — das soll kein Vorwurf für diese Regierung sein, es ist in den früheren Zeiten nicht anders gewesen, dies wendet sich ja vielmehr gegen Sie, meine Herren, weil Sie vielfach die Ursache dessen sind —, wenn fast alle unsere Gesetze gegen den Bestand gerade des Edlen und Tüchtigen in unserem Volke sind, dann wird unser Volk zu existieren aufhören. Sie sehen es an der Art und Weise, wie die Frage der Beamtenchaft behandelt wird. Wenn Sie nicht auch hier dazu beitragen, das Tüchtige, in dem eine große Tradition steckt, zu hegen und zu pflegen, wenn Sie nicht dafür sorgen, daß gerade die tüchtigen, edlen Elemente, die heute immer mehr herabsinken, durch eine entsprechende Sozialpolitik erhalten werden — die Beamtenfrage ist ja nichts anderes als Sozialpolitik großen Stils —, dann werden wir sehen, wohin wir kommen. Glauben Sie doch nicht, daß aus der großen Masse dann einfach die obersten Richter kommen werden! Dazu bedarf es einer langen Tradition. Es ist heute nur nicht üblich, diese Dinge auszusprechen. Der Tanz um das goldene Kalb, hohes Haus, ist nicht verderblicher, als der gunstbuhlende Tanz um die große Masse und beides hängt auch in vielen Dingen sehr zu-

sammen. Glauben Sie nicht, daß das undemokratisch ist. Ich scheide den edlen Begriff des organisierten Volkes sehr wohl von der Masse, die nichts anderes ist als atomisierte Sandkörner, die sich natürlich verheerend über jede Kultur und auch über die deutsche Kultur ergießen. Gegen diese zerstörenden Mächte nimmt heute unsere Sozialpolitik gar keine Stellung. Wir wären wahrscheinlich als Volk längst aus der Geschichte verschwunden, wenn nicht die viel angefeindeten reaktionären Zeiten alter Jahrhunderte instinktiv das Richtige getroffen hätten. Aber unser Instinkt und unser Selbsterhaltungstrieb wird eben durch die Sozialpolitik zerstört und geht zugrunde. Es gibt gewiß eine Reihe von Maßnahmen zur Erhaltung des Gesunden, aber wir harren noch immer der systematischen Zusammenfassung dieser Dinge zu einem Gesetze für die Pflege des Gesunden.

Ich will hier die Regierung nur auf zwei Dinge aufmerksam machen. Wenden Sie der Jugendfürsorge größeres Augenmerk zu und schaffen Sie hier ein Gesetz! Lassen Sie die Jugend vom ersten bis zum sechzehnten Jahr ärztlich untersuchen und Sie werden die Minderwertigkeit unseres Volkes, die furchtbare Formen annimmt, eindämmen können. Auch ein zweites Gesetz ist längst schon spruchreif, die Wissenschaft und die Ärzteschaft hat längst schon darüber die Akten geschlossen. Legen Sie uns endlich ein Gesetz vor, in welchem der Austausch von Gesundheitszeugnissen bei Eheschließungen endlich gefordert wird! Das sind wenige kleine Dinge, die ich hier anregen möchte; es ist traurig, daß man sie anregen muß und daß es nicht schon längst geschehen ist. Es hat eben unsere Regierung über der Pflege des Minderwertigen die Erhaltung des Gesunden ganz aus dem Auge verloren. Alles, was wir treiben, alle Politik, ob es nun Steuer- oder Gewerbepolitik ist, ist im Grunde genommen nichts anderes als eine soziale Politik und wenn wir für die berechtigten Forderungen unseres Gewerbes, das den Mittelstand vertritt, eintreten, so ist dies im tiefsten Sinne auch eine national gerichtete Sozialpolitik. Die erzeugenden Kreise stehen ohnedies heute unter einem furchtbaren Stern. Nach der Gestaltung und der Richtung unserer Geister steht heute nicht der Gedanke der Erzeugung, sondern der Gedanke der Verteilung voraus in der Volkswirtschaft. Natürlich ist dort die Verteilungswirtschaft, die besonders von den Marxisten gelehrt und praktisch gehandhabt wird, nicht möglich, wo sehr viel erzeugt wird. Wo sehr viel erzeugt wird, hat das Verteilen keinen Sinn und infolgedessen hat die marxistische Verteilungswirtschaft ein Interesse daran, daß möglichst wenig erzeugt werde. Das ist auch — ob Sie es nun wollen oder nicht, ob Sie es zugeben oder bestreiten — das Ergebnis der sozialistischen Gewerkschaftspolitik: den Kreis der

Produktion möglichst einzuschnüren; denn dann hat der Verteiler das Heft in der Hand.

Unsere Produktion steht auch aus einem anderen Grund unter einem schweren Stern; er fängt hoffentlich an zu erlöschen, aber es hängt dies auch mit der Verteilungswirtschaft zusammen, daß vielfach an die Stelle des Kaufmannes der Bureaucrat getreten ist, daß die wirtschaftlichen Gesetze ausgeschaltet und alles bürokratisch entschieden wird. Das hat neuerdings zur Korruption unserer Wirtschaft und leider auch zur Lockerung unserer einst so festgefügtten Beamtenschaft beigetragen. Unser ganzes Gewerbe ist schwer bedroht durch die furchtbare Gestaltung unseres Rohmarktes. Es wird ein Teil unserer Industrie zur Abwanderung gezwungen werden, jener Teil, der die Rohprodukte nicht daheim hat, und alle Industrien, deren einzelne Produkte von einer höheren Rohproduktquote als der Lohnquote belastet sein werden, werden auf die Dauer abwandern müssen. Mit einer hohen Lohnquote kann nur die Veredelungsindustrie bestehen und nur die allein wird in Österreich möglich sein. Wir erleben ja auch eine Abwanderung aus politischen Gründen. Es gibt ja bereits kein größeres Unternehmen, das nicht schon Filialen im SHS-Staat, in der Tschecho-Slowakei usw. errichtet. Das ist ein Abwanderungsprozeß, der vor unseren Augen vor sich geht. Da bin ich nun überzeugt, daß in Zukunft, so sehr dies auch die Sozialdemokratie bekämpfen mag, die Landwirtschaft eine immer größere Rolle spielen wird und daß nur jene Industrie und jenes Gewerbe sich erhalten wird, die mit der Landwirtschaft zusammenhängt und auf ihr aufgebaut ist. Wir sind natürlich für eine möglichste Stützung des Gewerbes. Wir können gerade heute verlangen, daß bei dieser ungünstigen Lage des Gewerbes wenigstens die steuerlichen Lasten — Herr Dr. Danneberg hat gestern dieses Bestreben verhöhnt, er hat gemeint, wir würden eines Tages die Erwerbssteuer überhaupt aufheben —, daß diese Steuerlast möglichst erleichtert werde. Worüber heute unser Gewerbe klagt, ist nicht so sehr die Höhe der Steuern, obwohl es auch Unternehmungen gibt, die heute mehr Steuern zahlen müssen, als die Reineinnahmen — nicht die Reineinnahmen — betragen. Worüber sich unser Gewerbe beklagt, ist die Undurchsichtigkeit der Steuern, die Kompliziertheit der Steuern und eine gewisse Rechtsunsicherheit. Wir verlangen die Vereinheitlichung aller einzelnen Steuern, und wenn es dahin kommen sollte, daß in kürzerer Zeit für die Arbeiterschaft eine Altersversicherung geschaffen wird, so verlangen wir natürlich, daß diese Altersversorgung auch für den Gewerbebestand geschaffen werde. Die Arbeiterschaft ist in vieler Hinsicht heute viel besser gestellt als die selbständigen Gewerbetreibenden. Wenn der Gewerbetreibende heute erkrankt, ist er nicht in der Lage, in ein Konvaleszentenheim

zu gehen — obwohl das auch eine schwere volkswirtschaftliche Schädigung bedeutet —, weil es Refonvalejzentenheime nicht gibt. Wir verlangen natürlich nicht vom Staate, daß er Refonvalejzentenheime erbaut oder subventioniert, aber gewisse Erleichterungen, sagen wir vielleicht Befreiungen von der Warenumsatzsteuer oder gewisse Tarifierleichterungen, kann er ohne weiteres gewähren. Wir wünschen die Erhaltung eines selbständigen und blühenden deutschen Gewerbes und wir wünschen eine Landwirtschaft, die in ihren Leistungen immer reicher, immer produktiver wird. Ich werde mir in der Spezialdebatte gerade zum Kapitel Landwirtschaft eine Anregung zu geben erlauben, die dahin zielt, daß auch die Landwirtschaft geschäftlich als ein gelerntes Gewerbe erklärt werde.

Und nun zum Schlusse, hohes Haus, einige wenige Worte zur Erwiderung auf einen Ausspruch eines in Österreich sehr großen Herrn, eines sehr hochmögenden Herrn: es ist die Erklärung des Herrn Generalkommissärs Zimmermann, die er einem amerikanischen Journalisten gegenüber gemacht hat. Allerdings hat der Herr Generalkommissär diese Äußerung dementiert, allein wenn in einem so vornehmen Blatte, wie es dieses amerikanische Blatt ist, einerseits eine solche Äußerung stand und wenn es sich andererseits um die Äußerung eines so distinguierten Herrn wie des Herrn Generalkommissärs Zimmermann handelt, kann man nicht annehmen, daß das alles erfunden ist. Der Herr Generalkommissär wird manches gesagt haben, wovon er nicht gewünscht hat, daß es in die Presse komme, und infolgedessen das Dementi. Er hat da gesagt: Ich glaube, Ihnen ruhig erklären zu können, daß der Anschlußgedanke in Österreich erstorben ist, denn der Österreicher ist viel zu praktisch, als daß er seine gefunden Eier in einen so zerissenen Korb legen wollte. Ich glaube, daß diese Eier viel zerbrechlicher sind als im Grunde genommen der Korb, der schon noch geflickt werden wird, und ich möchte den Herrn Generalkommissär schon bitten, derartige Äußerungen zu unterlassen, denn sie beruhen auf einer vollkommenen Verkennung der deutschen Seele. Auch heute ist es unser Wunsch, daß nicht allein das Geld der Maßstab aller Dinge ist, auch heute ist und bleibt der Wunsch nach dem Zusammenschlusse Österreichs mit dem Deutschen Reiche zu einem einzigen Staatsgefüge unser heißester Wunsch und unser letztes Ziel. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Dr. Dinghofer den Vorsitz übernommen.)

Gernin: Hohes Haus! Im Zentrum der ganzen großen Senfer Sanierungsaktion und daher auch begreiflicherweise im Zentrum des allgemeinen politischen Interesses steht, glaube ich, heute die große Frage der Sanierung unserer Bahnen und ich möchte daher, bevor ich auf andere Details des Budgets

eingehende, einige Worte darüber verlieren. Die Vorlage der Regierung hat in manchen Kreisen eine wenig zustimmende Aufnahme gefunden, eine ziemlich herbe Kritik, von verschiedenen Seiten aus beleuchtet, und unter anderem habe ich speziell in bürgerlichen Kreisen immer und immer wieder eine Kritik gehört, die Kritik, es handle sich hier nur um eine halbe Maßregel. In den Köpfen dieser Kritiker ist offenbar ein Gedankengang vorhanden, der mir absolut falsch erscheint. Roh gesprochen, ist der Gedankengang ungefähr der, daß diese Leute, die da von einer halben Maßregel sprechen, sich vorstellen, daß die Sanierung unserer Bahnen nur so zu erzielen wäre, daß irgendein großes, womöglich ausländisches reiches Konsortium die Bahnen pachtet, sie kaufmännisch betreibt, dadurch seine eigene Rechnung findet, dem Staate das Defizit abnimmt und so sich selbst und dem Staate hilft.

Ich halte diesen Gedankengang, der mir wiederholt untergekommen ist, für total verfehlt, und zwar wäre ein solcher Schritt ebensowenig wünschenswert, wie er undurchführbar ist. Er wäre nicht wünschenswert, weil der Staat damit eines der wichtigsten Souveränitätsrechte auf unendlich lange Zeit aus der Hand geben würde. Es wäre das nicht so, sagen wir, wie die Episode Zimmermann, die eine vorübergehende Episode von zwei, vielleicht drei Jahren ist und bei der wir nur provisorisch auf eine zeitweilige Verminderung unserer Selbständigkeit eingegangen sind, um desto sicherer zu unserer vollen Souveränität zurückzukommen. Eine solche Verpachtung wäre eine Abdikation der staatlichen Souveränität und daher in jeder Hinsicht zu verwerfen. Aus demselben Grunde wäre sie auch ganz undurchführbar. Der Gedankengang, daß das Defizit der Bahnen so groß ist, daß es fast das Staatsdefizit ausmacht, hat zu dem vollkommen falschen Schlusse geführt, daß die Sanierung der Bahnen an und für sich die Sanierung des Staates mit sich bringen würde. Das ist natürlich ganz falsch. Denn die Sanierung der Bahnen kann ja doch nur durch eingreifendste Maßregeln durchgeführt werden, Personalabbau, Tarifänderungen, also Maßregeln, die volkswirtschaftlich auf den Staat zurückwirken, uns mit anderen Worten große neue Lasten auferlegen würden. Gar so einfach ist diese Maßregel jedenfalls nicht. Ein fremdes Konsortium, das sich dazu hergeben würde, die Bahnen zu pachten, würde, abgesehen davon, daß es die Souveränitätsrechte beanspruchen müßte, um diese Maßregeln durchzuführen, die ihm aber niemand übergeben kann, seine Rechnung nicht finden, ohne auf den Staat auf der anderen Seite ganz enorme Lasten zu überwälzen. Ich halte daher, ich wiederhole es, diesen Gedankengang — ich sage es absichtlich, weil ich diesen Vorschlag von ernst zu nehmender bürgerlicher Seite wiederholt gehört habe — für undiskutierbar. Die Regierung hat also, wie die

Gegner des Projekts sagen, eine halbe Maßregel eingeschlagen, das heißt, sie denkt daran, aus den Bahnen ein Privatunternehmen unter staatlicher Aufsicht, unter staatlicher Autorität herzustellen.

Ich glaube, daß das Gesetz und die Verordnung, die toten Buchstaben bei alledem nicht ausschlaggebend und maßgebend sind. Ich glaube, daß ausschlaggebend und maßgebend erst der Geist sein wird, der dieses Gesetz befeelen wird. Ich glaube, daß, je mehr es gelingt, diese ganzen Betriebe zu entpolitisieren, je mehr es gelingt, sie mit kaufmännischem Geiste zu erfüllen, je mehr es gelingt, bei den Angestellten selbst ein Interesse an dem Prosperieren dieses Unternehmens zu erwecken, desto besser es für das Unternehmen und für den Staat wird. Das sind aber Dinge, die sich nicht in Buchstaben, nicht in Worten festlegen lassen, sondern in die ganze Entwicklung und den Geist des Betriebes übergehen müssen. Ich bin ganz genau orientiert über die interessante Debatte, die anlässlich der Enquete stattgefunden hat, in der dieses Problem Form angenommen hat, und ich konstatiere mit Vergnügen — ich halte das für einen großen Fortschritt — daß der Sprecher der gewerkschaftlichen Organisation sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß der jetzige Zustand unumöglich andauern könne, und daß die viel verfehmte Autorität wieder hergestellt werden müsse. Dieser Herr hat dann weiter auch ungemein richtig gesagt — indem er auf eine Art Angriff gegen die Gewerkschaft erwiderte, daß sie die ganze Autorität an sich gerissen hätte —, daß sie doch keine ganz richtige Darstellung des Sachverhaltes. Beim Umsturze habe die Regierung die Zügel hingeworfen und die Gewerkschaft habe diese am Boden schleifenden Zügel aufgenommen; sie habe also die Macht nicht usurpiert, sondern die von der Regierung weggeworfene Macht aufgegriffen, um eine ärgere Anarchie zu vermeiden. Und aus demselben Gedankengange heraus hat der betreffende Herr fortgesetzt, siehe er unbedingt auf dem Standpunkt, eine durchgreifende radikale Maßregel im Interesse der ganzen Angestellten für notwendig zu erklären.

Aber vor einem, meine hochverehrten Herren, möchte ich warnen, ohne dabei in den Verdacht eines übergroßen Pessimisten zu gelangen. Ich habe die feste Überzeugung, daß alle die notwendigen Reformen, Personalabbau, Tarife — auf die ich noch zu sprechen kommen werde — und andere mehr, so notwendig sie auch sind, nicht erreichen werden, daß die Bahnen jemals aktiv werden. Auch im alten Österreich, in einem Wirtschaftsgebiet, auf das sie zugeschnitten waren, waren sie niemals aktiv. Aktiv waren die galizischen Bahnen, aktiv war die böhmische Nordbahn; von diesen Gebirgsbahnen aber, um die es sich hier handelt, war ausschließlich die Linie Wien—Salzburg aktiv, die übrigen waren

alle passiv. Und wenn der Herr Sprecher der Sozialdemokraten gestern gesagt hat, daß die Züge, auch wenn sie ohne Personal fahren würden, immer noch kosten würden, so mag darin eine gewisse *licencia poetica* liegen, eine kleine Übertreibung, aber etwas daran ist wahr. Ich glaube, daß die Sachauslagen dermaßen groß sind, vor allem die Kohle, daß wir, solange wir mit diesen Sachauslagen arbeiten müssen, nicht zu aktiven Bahnen gelangen können. Aber das ist natürlich gar kein vernichtendes Urteil, kein gegen die Sanierungsaktion ankämpfendes Urteil, denn erstens muß trotzdem das Defizit so stark als möglich vermindert werden und zweitens rechnen wir alle damit, daß im Laufe einer gewissen Zeit dank der Elektrifizierung der Bahnen die Sache einen anderen Charakter annehmen wird. Dann können die Bahnen hoffentlich als Aktivpost eingestellt werden.

Aber da muß ich auf einen sehr wichtigen Punkt zu sprechen kommen, das sind die Transite und die Tarife. Wenn wir einmal so weit sind, daß ein durch Österreich laufender Transit dem Staate nicht nur nichts kostet, sondern ihm auch etwas trägt — heute ist bekanntlich die Situation die, daß zum Beispiel ein Kohlenzug, der von Oberschlesien nach Italien fährt, nicht nur nichts trägt, sondern uns einige Millionen kostet und solange dieser Zustand andauert, ist natürlich eine Verstärkung des Transits gar nicht wünschenswert — aber wenn dieser Übelstand einmal behoben ist, wird wohl die richtige Politik darin zu suchen sein, die Tarife so einzurichten, daß wenn auch nur mit einem Minimum von Gewinn, möglichst viel Transite durch Österreich geleitet werden. Es ist den Herren allen bekannt, daß der Artikel 312 des Vertrages von Saint-Germain uns bezüglich der Meistbegünstigung wirklich grausame Bedingungen auferlegt, und der Artikel 330 erklärt, daß die Bestimmungen dieses Vertrages automatisch erlöschen, und zwar im heurigen Jahre, wenn sie nicht durch den Völkerbund nachgeprüft und dementsprechend verlängert werden. Es ist nun zweifellos — ich glaube, der Termin ist der Juli des heurigen Jahres — im vitalsten Interesse Österreichs gelegen, daß der Völkerbund aufgeklärt werde, daß diese grausame, sinnlose Bestimmung nicht verlängert werden darf, und ich glaube, in dieser Richtung könnte der Herr Generalkommissär, welcher von den besten Absichten für die Sanierung befeelt ist und sein ganzes Sein, sein ganzes Denken und Trachten mit der Sanierungsaktion verbunden hat, wichtige Dienste leisten und beim Völkerbunde verhindern, daß eine solche Verlängerung möglich werde.

Diese Bestimmung wirft ein kleines Streiflicht auf den ganzen Friedensvertrag von Saint-Germain. Bestimmungen dieser Art beweisen, daß ein existenzunfähiger Staat geschaffen wurde, mit

Bestimmungen solcher Art kann überhaupt kein Staat der Welt eine Eisenbahnpolitik, überhaupt eine Politik machen. Ich glaube, daß wir an Beispielen solcher Art und gerade mit Hilfe des hiezu zu benutzenden Generalkommissärs nach und nach durch den Völkerbund der Welt beweisen können und beweisen müssen, daß nur nach systematischer Abänderung gewisser sinnloser und das Ausblühen Österreichs unmöglich machender Paragraphen von Saint-Germain eine Zukunft gesichert werden kann. Und da liegt auch eines der großen Verdienste des Genfer Werkes und des Bundeskanzlers, daß er heute in Europa eine Situation geschaffen hat, wonach an dem Werke der Wiederaufrichtung Österreichs, Österreich nicht einmal selbst in erster Linie interessiert ist, sondern die Staaten, die im Völkerbunde sitzen, genau so im eigensten Interesse und im Interesse ihres Prestiges den stärksten Wunsch haben müssen, das Werk zum Gelingen zu bringen. Ich möchte, um noch einmal auf diesen Punkt zurückzukommen, zur Frage der Transite erwähnen, daß, soviel ich weiß, die Schweizer Bahnen, dank der hohen Valuta, auch in der schwierigen Frage der Tarifpolitik dahin gelangt sind, ganz besonders niedrige Transitarife zu schaffen, welche darauf hinausgehen, nicht an dem einzelnen Transit möglichst viel, sondern durch die Zahl der Transite möglichst viel zu gewinnen und ich glaube, daß das auch bei uns in der Zukunft, bis das Gleichgewicht hergestellt ist, die richtige Politik sein dürfte.

Um auf eine größere Frage überzugehen, wenn wir immer und immer wieder und auch gestern war das erst der Fall, eine so vehemente Kritik des Genfer Werkes hören, eine Kritik, welche an dem Bundeskanzler kein gutes Haar läßt, so müssen wir uns doch fragen, mit welchem sittlichen Ernst eine solche Kritik heute noch vorgebracht werden kann. Ich gehöre nicht der christlichsozialen Partei an, ich gehöre keiner der hier vertretenen Parteien an und der einzige Vorteil eines Wilden, der einzige Vorteil eines Mannes, der keiner Partei angehört, ist der, daß er reden kann, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, daß er keine Rücksicht zu nehmen braucht, daß es ihm ganz gleichgültig sein kann, ob er dort oder da verstimmt. Wenn ich noch einmal über das Genfer Werk einige Worte verliere, so werde ich das frei von jeder Liebedienerei tun, ebenso frei aber von jeder Feindschaft oder Gehässigkeit und ich werde versuchen, so objektiv, als es überhaupt möglich ist, die Situation darzustellen.

Man kann über die Details der Ausführung in vielen Punkten verschiedener Meinung sein — das leugne ich keinen Augenblick — und ich selbst bin in vielen Punkten anderer Meinung als die Regierung. Aber über das Faktum, daß wir im Sommer vorigen Jahres bereits im Niederbrechen begriffen waren, über das Faktum, daß wir nur mehr die

Wahl hatten, uns entweder irgendeiner Macht in die Arme zu werfen oder den Einmarsch aller möglicher Truppen bei uns zu erdulden, daß wir mit unserer Selbständigkeit vollkommen am Ende waren, daß in diesem Augenblick sich ein Mann und eine bürgerliche Regierung gefunden haben, die mit aller Kraft, Energie und Geschicklichkeit eingegriffen hat, dieses Ärgste zu verhüten und den einzigen Weg eingeschlagen haben, der möglich war, nämlich den Weg, die äußere Politik in den Dienst der inneren Politik zu stellen und so die Lösung zu suchen, über dieses Faktum kann man heute objektiverweise nicht mehr verschiedener Meinung sein. Ebenso ist die Klugheit des Bundeskanzlers anzuerkennen, da es ihm gelang, durch ganz bestimmte Schachzüge plötzlich das Interesse Europas an diesem Österreich zu erwecken, ein Interesse, das gar nicht bestand, und auch die Fähigkeit, mit der er seither unentwegt über alle Schwierigkeiten hinüber das Ziel verfolgt hat.

Und noch ein anderes Moment muß man der Regierung und speziell dem Chef der Regierung heute zugute schreiben. Der Herr Bundeskanzler verfolgt systematisch das Ziel, zwischen den Errungenschaften und den Entartungen der Revolution eine Kluft aufzureißen, erstere zu erhalten und auszubauen, letztere zu beseitigen. Gestatten Sie mir, über diesen mir sehr wichtig scheinenden Punkt noch einige wenige Worte zu verlieren. Sie werden bei jeder Revolution finden, daß sie Errungenschaften mit sich bringt und daß sie gleichzeitig von Entartungen begleitet ist. Es ist nun für die Menschen, die in der Zeit des Umsturzes und des Chaos leben, die den Zusammenbruch der alten Welt mitmachen und den Aufbau der neuen miterleben, die keinen Überblick haben über das, was sich vollzieht, oft — so barock es klingen mag — schwer zu unterscheiden, ob diese oder jene Erscheinung eine Errungenschaft oder eine Entartung der Revolution ist, denn auch die Errungenschaften erregen manchmal und sehr oft bei ihrem Entstehen den Eindruck von Entartungen. Diese Errungenschaften der Revolution werden nämlich gewöhnlich über Nacht, brutal und mit Gewalt eingeführt, sie wirken wie ein Fremdkörper im staatlichen Organismus, sie stören den staatlichen Blutumschlag und werden von vielen unangenehm empfunden. Daher werden sehr oft Dinge, die sich später als Errungenschaften herausstellen, im ersten Stadium als Entartungen aufgefaßt.

Wenn wir die große französische Revolution nehmen, so dürfte es heute keinen vernünftigen, keinen sittlich denkenden Menschen geben, der trotz aller Schandtaten, aller Niedertrachten, die damals aufgeführt wurden, trotz allen Niederganges, des ganzen moralischen Rückganges, den diese Zeit mit sich gebracht hat, nicht zugeben würde, daß diese Revolution ein europäischer Fortschritt war, denn von dort aus sind ganz neue Gedanken in die Welt

gegangen. Um was drehte sich damals der Streit? Daß der Bürgerstand die gleichen Rechte bekommt, wie der erste und der zweite Stand. Das sind Dinge, die uns heute so natürlich erscheinen, daß wir es nicht verstehen, daß darum erst gekämpft werden mußte. Ähnliches läßt sich von der 1848er Revolution sagen. Verzeihen Sie, meine Herren, die Abschweifung, ich will nur sagen, daß zweifellos eine Revolution Errungenschaften mit sich bringt und daß die Errungenschaften der jetzigen Revolution darin bestehen dürften, daß in Zukunft niemals mehr die Macht dermaßen in der Hand eines einzelnen sein wird — ganz gleich, ob er Präsident, Kaiser oder König heißen wird — wie vor dem Jahre 1914 und daß wir uns damit den wirklichen Demokratien, die wir gar nicht sind, den Demokratien der nördlichen Länder, England, Schweden und auch Holland nähern werden. Neben diesen Errungenschaften aber gibt es natürlich zweifellos Entartungen und diese Entartungen stoßen sich mit der Zeit, wenn das Leben wieder seinen gewohnten Gang nimmt, nach und nach ab. Die Regierung aber, die Staatslenker, die das Heft in der Hand haben, können sehr viel beitragen, diesen Vorgang zu beschleunigen und ich anerkenne, daß ich aus allen Reden des Herrn Bundeskanzlers diesen wichtigen Gedanken entnehme, daß er das Bestreben hat, die Abstoßung dieser Entartungen zu beschleunigen.

Meine Herren! Ich rede nicht von der Detailkritik; über Details läßt sich sehr viel sagen, sondern ich rede über das Wesen des ganzen Gedankens, das ich dahin zusammenfassen möchte, daß die Genfer Aktion mit der freiwillig auf uns genommenen ausländischen Kontrolle ein richtiger Schritt, weil der einzig mögliche Schritt war, und da möchte ich all diejenigen, die so ungeheuer scharf und verächtlich über das Genfer Werk sprechen, doch einladen, etwas mehr in ausländischen Zeitungen zu blättern und die Stimmen zu lesen, die beispielsweise heute in französischen, englischen, amerikanischen Zeitungen über Österreich zu hören sind. Das ist nicht gleichgültig; es ist nicht gleichgültig, wie ganz anders dieses Österreich heute eingeschätzt wird, als es vor einem Jahr eingeschätzt wurde. Allerdings — und von dem, was ich jetzt sage, möchte ich sehr gerne, daß es außerhalb dieses Hauses gehört wird — kommt jetzt ein Augenblick, wo es die Pflicht der Besizenden, der größten der Besizenden ist, zu beweisen, daß all die Worte, vom Patriotismus eben nicht Worte, sondern Taten sind. Es liegt die Anleihe auf. Es ist gestern hier sehr wenig freundlich über die Banken gesprochen worden und der Zustand des Reichtums, in dem sie sich befinden, ist geschildert worden. Nun, ich glaube, daß auch hier vielleicht stellenweise eine gewisse dichterische Freiheit die Wahrheit verdrängt hat, aber ich will Ihnen ohne weiteres zugeben, schlecht geht es den großen Banken

nicht, und ich glaube, daß jeder von uns die Hoffnung, die Erwartung hat, daß sie sich jetzt bei der Zeichnung der Anleihe ihrer Pflicht bewußt sein werden.

Der unmittelbare Herr Vorredner hat hier ein sehr richtiges Wort gesprochen, ein Wort, das mir sehr gut gefallen hat und das ich wiederholen möchte. Der Herr Vorredner, wie die ganze Gruppe, der er angehört, stehen gewiß nirgends in dem Verdacht einer kirikalischen Gesinnung. Ich glaube, das hat Ihnen noch niemand vorgeworfen. Der Herr Vorredner hat trotzdem unter Zustimmung seiner Fraktionsgenossen hier erklärt, daß es Pflicht sei — ich glaube das waren seine Worte —, in das Herz des Kindes den Gottesglauben hineinzulegen, und daß dieser in dem Herzen des Kindes zu züchtende Gottesglaube etwas ganz anderes sei als Klerikalismus oder Religiosität in seiner schlechten und zu verurteilenden Auslegung. Ich möchte noch weitergehen. Ich glaube, daß dieser große Gedanke — und das ist einer der großen Abgründe, der großen Zwischenräume, die uns Bürgerliche alle von den Herren von der Linken trennt —, daß dieser Gedanke mit dazu beigetragen hat, uns es möglich zu machen, eine gemeinsame Plattform zu finden, um diesen gemeinsamen bürgerlichen Block zu schmieden, welcher die ganze wirtschaftliche Aktion trägt und bereits seit langer Zeit so fest zusammenhält. Ich möchte das nochmals unterstreichen und wiederholen, daß das vollkommen meiner Ansicht entspricht, und ich möchte betonen, daß es mich gefreut hat, diese Überzeugung, daß man der jugendlichen Seele den Gottesglauben, den Glauben an eine Autorität mitgeben muß, wenn man aus dem Kinde einen anständigen Mann, eine anständige Frau machen will, daß es mich gefreut hat, dieses Bekenntnis von einer Seite zu hören, die ja manchmal in dem Verdacht steht, ganz anders über diese Fragen zu denken.

Dieses Grundprinzip vorausgesetzt, muß ich sagen, daß in den Details auch der religiösen Fragen man ja selbstverständlich sehr verschiedener Meinung sein kann und beispielsweise ich in einem momentanen aktuellen Punkt anderer Meinung bin als die Herren von der Rechten, ich meine die wiederaufgeworfene Frage des Krematoriums. Meine Herren! Erstens stehe ich auf dem Standpunkte, daß es das Recht eines jeden Menschen ist, zu bestimmen, was nach seinem Tode mit ihm geschehen mag. Zweitens glaube ich, daß man auf die Dauer in Österreich nicht etwas wird aufhalten können, was ungefähr auf der ganzen Welt bereits gestattet ist. Aber, meine Herren, ich gebe Ihnen vollkommen zu, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Man kann beide Meinungen begründen, beide Meinungen haben eine Seite für sich. Aber das Aufwerfen der Frage im jetzigen Augenblick — verzeihen Sie, wenn

ich das ganz offen sage —, verstehe ich nicht, verstehe ich nicht aus taktischen Gründen. Es sind nur zwei Fälle möglich. Die Sache kommt wieder vor dem Verfassungsgerichtshof. Entweder gibt der Verfassungsgerichtshof der Gemeinde Wien recht, dann hat sich die Regierung eine Niederlage geholt, die überflüssig war, oder er gibt der Regierung recht. Und dann, meine Herren, habe ich den Eindruck, es handelt sich hier um einen Pyrrhussieg, denn, wie die Dinge einmal liegen, wird dieser Gemeinderat gar nicht daran denken, einer Aufforderung der Regierung zu folgen. Die Sache wird sich zu einer Machtfrage entwickeln und ich weiß nicht, wie die Regierung die Macht hat, das abzuschaffen, was einmal durchgeführt ist. Ich hätte es aus taktischen Gründen für viel richtiger gefunden, die Frage jetzt ruhen zu lassen, um so mehr als so viele andere Fragen vorhanden sind, die mir wirklich aktueller und wichtiger erscheinen als diese Frage um die Toten.

Das sind vor allem, meine hochverehrten Herren, die Fragen der notleidenden Lebenden. Da möchte ich ein Wort über den Charakter sprechen, den die ganzen Ernährungsaktionen, die Fleisch- und Brotfrage, heute angenommen haben. In der Gegend, wo ich lebe, in Steiermark, auf dem Lande, wird das Kilo Lebendgewicht um 14.000 bis 15.000 K verkauft und eine Viertelsunde weiter wird das Kilo Fleisch vom Fleischer um 28.000 K verkauft.

Nun, meine Herren, in dieser Spannung liegt doch eigentlich alles. Wenn ich heute Agrarier wäre oder Vertreter der Agrarier, dann würde ich das größte Gewicht darauf legen, daß diese Details bekannt werden. Denn sie beweisen, daß in diesem Falle gar nicht der oft gebranntmarkte Egoismus der Agrarier der Grund ist, sondern die reine Profitgier der Fleischer. Und diese Spannung von 14.000 auf das Doppelte läßt sich überhaupt von gar keinem Standpunkt aus erklären. Nun weiß ich auch, daß der Regierung ein erfolgreicher Kampf dagegen furchbar schwer ist, und ich verstehe vollkommen, wenn man mir darauf antwortet, es sei überhaupt unmöglich, dieses Übel völlig zu entwurzeln und ein Gleichgewicht herzustellen. Trotzdem behaupte ich, daß, wenn die Regierung einzelne Fleischbänke in eigener Regie errichten, den Zwischenhandel ausschalten würde, das nicht bloß eine optische Wirkung hätte — auch die optische Wirkung wäre nicht gleichgültig, weil die Bevölkerung mit Dank anerkennen würde, daß sich die Regierung mit dieser für die Bevölkerung wichtigsten Frage beschäftigt —, sondern ich glaube, daß diese Konkurrenz mit der Zeit auch einen Einfluß auf die Preise ausüben könnte.

Noch deutlicher steht die Angelegenheit in der Brotfrage. Welchen Zustand hatten wir in der Brotfrage vor dem Krieg? Vor dem Krieg kostete

der Laib Brot, wenn ich nicht irre, 46 h bei freier Konkurrenz. Die Konkurrenz äußerte sich darin: der Brotpreis variierte nicht, aber das Gewicht des Brotes; in einer Woche war das Hammerbrot, in der andern das Ankerbrot schwerer und durch das verschiedene Gewicht — das schwerere Brot war natürlich das billigere — entstand die Konkurrenz. Dann kam der Krieg mit der Rationierung und selbstverständlichen Anhebung der Preise. Das ist ganz begreiflich. Nun existiert das alles nicht mehr. Die freie Konkurrenz ist aber dennoch ausgeschaltet. Allwöchentlich kommen die Brotfabrikanten, die großen und kleinen, zusammen und beschließen in gemeinsamem Einvernehmen den neuen Brotpreis. Es ist also ein Kartell auf dem Rücken der Konsumenten und zum Schaden der Konsumenten und das ist eine Vorgangsweise, die nicht nur als absolut unmoralisch zu verwerfen ist, sondern die auch unseren Gesetzen direkt widerspricht. Wenn Sie sich die Mühe nehmen, das Gesetz über das Koalitionsrecht vom 7. April 1870, R. G. Bl. Nr. 43, nachzulesen, so werden Sie, in den §§ 2 und 3 alle die Koalitionen finden, die verboten sind und im § 4 finden Sie den Abschnitt (*liest*):

„Die in den §§ 2 und 3 enthaltenen Bestimmungen finden auch auf Verabredungen von Gewerbsleuten zu dem Zwecke, um den Preis einer Ware zum Nachteil des Publikums zu erhöhen, Anwendung.“

Es ist also meiner Meinung nach ganz zweifellos, daß hier ein mit dem Gesetz direkt in Widerspruch stehender und gerade die Ärmsten der Armen auf das allerschwerste drückender Vorgang besteht, auf welchen ich mir die Aufmerksamkeit der Regierung zu lenken erlaube. Die Regierung hat vielleicht ihre gewiß sachlichen, objektiven Gründe, dieser Frage nicht näherzutreten. Vielleicht glaubt sie, daß die Handhabung dieses Gesetzes, obwohl das klar und deutlich ausgesprochen ist, nicht zum Ziele führen wird; ich habe darüber nie um Aufklärung gebeten und auch keine erhalten. Aber immerhin wäre es notwendig, dieser Frage näherzutreten.

Es kommt mir überhaupt vor, als wenn die Regierung, vielleicht begreiflicherweise infolge der furchtbaren Arbeitslast, die auf ihr lastet, infolge dieses ganz beispiellosen Wustes von Geschäften, die sie zu erledigen hat, manchmal Dinge nicht sehen würde, die jeder von uns mehr oder weniger beschäftigte Private leichter sieht, und nur von diesem Standpunkt aus ist es aufzufassen, wenn ich die Regierung auf einen ganz anderen Fall aufmerksam mache. Ich bin kürzlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß auf dem Gebiete des Forstärars wirklich zum Teil ganz unglaubliche Zustände herrschen und ich möchte einen der frappantesten Fälle herausgreifen. Sie wissen, meine Herren, daß

die Jagden im Gebirge einen sehr großen Wert repräsentieren. Sie sind heute von Ausländern sehr gesucht und werden auch an Ausländer verpachtet, die Summen zahlen, die, in österreichische Kronen umgerechnet, phantastische Ziffern ergeben. Da ist nichts zu sagen. Die Regierung sieht es ein und sie geht diesen Weg und hat auch schon manches sehr gute Geschäft gemacht. Aber daneben besteht manchmal ein wirklich ganz unqualifizierbarer Mißbrauch. Da haben in verschiedenen Gegenden der Alpen einige Beamte des Forstärars Jagden zur freien Verfügung für sich. Nicht nur, daß diese Jagden natürlich nichts tragen, weil sie nicht verpachtet werden können, sondern die ganze Erhaltung dieser Jagden, die Jäger, werden vom Arar gezahlt. Das ist ein Geschenk, welches der Staat auf allgemeine Kosten einigen wenigen Beamten gibt, die gar kein Anrecht darauf haben. Ich zweifle keinen Augenblick, daß nur der Umstand, daß die Regierung über all den vielen großen Dingen, die vorliegen, diese relative Kleinigkeit übersehen hat, der Grund sein kann, daß dieser Mißbrauch bisher noch nicht abgestellt ist.

Noch etwas möchte ich sagen. Ich glaube, ich habe so rückhaltlos meine Bewunderung vor der Tätigkeit des Kanzlers, der bürgerlichen Regierung und, wenn Sie wollen, der ganzen bürgerlichen Majorität ausgesprochen, ich habe so rückhaltlos anerkannt, daß das große Genfer Sanierungswerk, das die Rettung Österreichs bedeutet, nie zustande gekommen wäre, wenn diese drei Faktoren nicht miteinander gearbeitet hätten, daß man mir nach diesem uneingeschränkten Lob auch eine kleine Kritik wird gestatten können. Da muß ich sagen, daß ich, wie ich früher in der Krematoriumsfrage gesagt habe, daß ich allzuviel Unternehmungsgeist, allzuviel Tatendrang bei dem einen oder anderen Herrn Minister zu erblicken glaube, manchmal auch das Gegenteil finde. Ich möchte da ein mir typisch erscheinendes Beispiel zitieren. In der letzten Debatte über den italienischen Handelsvertrag hat der Herr Abg. Dr. Ellenbogen eine Rede gehalten, worin er den Herrn Mussolini in einer Weise zerpöckelt hat, wie ich noch selten ein solches Zerfetzen gehört habe. Ich polemisiere da gar nicht gegen den Herrn Abg. Dr. Ellenbogen. An so etwas ist ja gar nichts daran, es ist sogar etwas Selbstverständliches; es wird in allen Parlamenten vorkommen, daß ein Oppositioneller einen Herrn, der ihm nicht gefällt, in dieser Weise behandelt. Ich überschätze auch die Tragweite gar nicht, ich bin überzeugt, Herr Mussolini wird nachher genau so gut geschlafen haben, wie vorher (*Heiterkeit*) und die Welt wird sich ruhig weiter drehen. Aber nachher ist ein Herr der Regierung aufgestanden und hat eine lange Rede über den Handelsvertrag gehalten, hat es aber nicht der

Mühe wert gefunden, mit einem einzigen Worte die Angriffe zurückzuweisen, die gegen einen Staatsmann eines Landes gerichtet sind, mit dem wir einen Staatsvertrag abgeschlossen haben und der, wie uns versichert worden ist, ein Freund Österreichs ist. Das sind keine ganz gleichgültigen Sachen. Gewiß ist es nicht weltbewegend, aber es sind Dinge, die in zentraleuropäischen Parlamenten bisher nicht üblich waren, vielleicht irgendwo in Afrika, aber nicht hier. Der Herr Abg. Volfer hat dann mit mehr Mut als die Herren der Regierung dieses Amt der Verteidigung übernommen, aber schließlich ist es gewöhnlich nicht Sache des einzelnen Referenten, sondern Sache der Regierung, dies zu tun.

In diesem Zusammenhange möchte ich die Herren der Regierung auf etwas anderes aufmerksam machen, was sie gewiß übersehen haben. Es handelt sich um den Herrn Generalkommissär. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Herr Generalkommissär sich selbstverständlich eine jede sachliche Kritik gefallen zu lassen hat und ich gestehe ganz offen, ich habe in diesem Hause niemals eine andere Kritik als eine sachliche gehört, wenn sie auch manchmal recht heftig war. Darum handelt es sich hier nicht, ich möchte also nicht mißverstanden werden. Aber in gewissen Zeitungen, wenn es auch Blätter sind, die zu den letzten der Blätter gehören, die man überhaupt nicht einmal mit der Zange angreifen kann, wie zum Beispiel der „Abend“ und andere, in diesen Blättern finden wir systematische Lügen, die den Zweck haben, die Öffentlichkeit gegen den Generalkommissär auf einer durchaus verlogenen Basis zu verheizen. Da ist immer wieder das Märchen von seinem Gehalte. Es werden Ziffern genannt, ich weiß nicht, 10.000 oder 12.000 Pfund und die Öffentlichkeit wird gefragt, wie man einen solchen Gehalt einem einzigen Manne auszahlen könne. Das ist eine bewußte Lüge und Verdrehung, denn diese Pfundsumme sind nicht sein Gehalt, sondern sein Budget und das ist etwas ganz anderes. Er hat davon seinen ganzen Apparat zu erhalten, seine Reisen und die Reisen seiner Beamten ins Ausland zu bestreiten. Wie hoch diese Kosten sind, können wir heute nicht beurteilen, weil wir nicht wissen, welche gigantischen Summen alle diese Dinge verschlingen. Ich glaube also, es wäre im Interesse der Allgemeinheit gelegen, wenn einmal klar gestellt würde, was tatsächlich der Gehalt und welches die Auslagen des Generalkommissärs sind, denn niemand kann von dem Generalkommissär, der nicht zu seinem Vergnügen hier ist und nicht zu seinem Vergnügen nach Rom, Paris und London herumtuschelt, verlangen, daß er das aus eigenem leistet.

Ich möchte noch einen anderen Punkt erwähnen, der wichtiger ist als die bisher erwähnten, einen Punkt, in dem ich anderer Meinung bin als die Herren auf der Regierungsbank. Der unmittelbare

Herr Vorredner hat seine Rede damit begonnen, daß er von der Verwilderung der Sitten in Österreich sprach. Das unterschreibe ich wörtlich. Es ist ein Zustand eingerissen, der — ich will hier nicht zu schwarz malen — aber immerhin, es vergeht kaum eine Woche, ohne daß man von einer Prügelei, Rauferei, Schießerei und gesprengten Versammlungen oder anderen Terror- und Gewalttaten hörte, ein Zustand, von dem man sich fragen muß, ob er einem Rechtsstaate noch angemessen ist. Begonnen haben Sie mit diesen Terrorakten. Ein jeder von uns Bürgerlichen, der Versammlungen mitgemacht hat, und zwar schon zur Zeit der letzten Wahlen, weiß ein Lied davon zu singen. Damals hat es keine Frontkämpfer und keine Heimwehren gegeben, oder wenn es sie gab, so sind sie nie aufgetreten, sie haben keine Terrorakte vollbracht, die ganzen Terrorakte sind damals von Ihnen ausgegangen und nur von Ihnen. Die der Frontkämpfer und Heimwehren war die direkte Folge Ihrer Organisationen und so weit als diese bürgerlichen Organisationen sich auf die Abwehr Ihres Terrors eingestellt haben, erkläre ich ganz offen, daß ich sie voll und ganz billige. Ich finde es ganz richtig, daß die Bürger sich nicht wie die Schafe schlachten lassen, sondern, wenn Sie gegen sie mit Versammlungsprengungen vorgehen, sich dagegen wehren. So weit besteht zwischen mir und ich glaube, verschiedenen Herren der Majorität nicht der geringste Widerspruch. Nun ist aber ein Faktum eingetreten, das ich bedaure. Damit komme ich wieder zu meinem unmittelbaren Herrn Vorredner zurück. Diese ganzen Frontkämpferorganisationen haben sich heute rein antisemitisch eingestellt. Gestatten Sie — ich weiß, ich stehe bei den meisten ohnedies in dem Rufe, der Führer einer Judenpartei, ein Judenknecht zu sein —, daß ich in diesem Punkte ganz offen spreche. Ich verstehe vollständig den Haß gegen jene bolschewistischen Führer, die — das ist eine historische Tatsache — zu 99 Prozent Juden sind, die überall, wohin sie kommen, das gesamte Volk ins Unglück stürzen. Ich verstehe die Antipathie gegen die jüdischen Schieber, obwohl es auch christliche Schieber gibt und christliche Leute, die sich in diesem Kriege bereichert haben. *(Zwischenrufe.)* Ich gebe zu — ich leugne es gar nicht — der größte Teil sind Juden. Ich verstehe die Antipathie gegen diese Leute. Aber es gibt — auch wenn Sie mir widersprechen, es ist meine innerste Überzeugung — Tausende und Tausende, die nicht so sind: es gibt anständige, patriotische Juden, die dem Staate helfen wollen. Ich bin fest überzeugt, der Beste von Ihnen, der Herr Bundeskanzler Seipel billigt diese antisemitische Hege nicht und wenn er sie billigen würde, hätte ich diese Achtung vor ihm nicht, die ich heute habe. Es ist nicht nur nicht freizeitlich, es ist auch nicht christlich, einen Menschen nur seiner

Abstammung wegen zu verfolgen, und, meine Herren, verzeihen Sie, es ist auch politisch nicht klug. Sie müssen doch zugeben, daß an dem Gelingen des großen Werkes, daß wir alle zusammen in der Gefolgschaft des Herrn Bundeskanzlers unternommen haben, auch Juden beteiligt sind. Sagen Sie mir ernstlich: Wo hat denn die gegnerische Presse — und die liberale Presse ist doch gegnerisch — sich so rückhaltlos zu einem Werke bekannt wie in unserem Falle? Es ist nicht wahr, daß das keinen Einfluß hätte. Ich gehe sogar soweit zu behaupten, daß der Eindruck im Auslande nicht so groß wäre, wenn nicht die liberale Presse dem Herrn Bundeskanzler Gefolgschaft geleistet hätte. Ebenso gibt es Tausende von Juden, die nicht hervortreten, die man nicht kennt und die durch die blinde antisemitische Hege in das gegnerische Lager getrieben werden. Und das halte ich politisch nicht für klug. So stark auch der bürgerliche Block sein mag und so fest ich auch überzeugt bin, daß die Neuwahlen das bekräftigen werden — Wähler zu verlieren, kann sich gar keine Partei gestatten. Ich habe den Eindruck, daß soundsovieler und nicht bloß Juden, sondern auch Menschen, die ihrem Gedankengange nach nicht antisemitisch sind, durch dieses Treiben gereizt werden und obwohl sie seinerzeit dem bürgerlichen Block angehört haben, in das Lager der Herren von der Linken getrieben worden sind und das kann knapp vor einer Schlacht unmöglich die richtige Taktik sein.

Wenn ich nun aber ganz offen sage, daß ich diese Taktik der Frontkämpfer mißbillige, sie nicht verstehe und politisch für unrichtig halte, so muß ich, um nicht die Hälfte von dem zu sagen, was ich finde, doch auch ein Wort für die Frontkämpfer sagen. Ich bin kein Günstling der Frontkämpfer, ich gelte bei ihnen als Chef einer Judenpartei und die Herren haben sehr wenig für mich übrig. Ich komme also nicht in den Verdacht, hier als ex officio-Verteidiger für sie eintreten zu wollen. Ich sage einfach und ehrlich, was ich finde. Und da muß ich nun sagen, daß ich den Eindruck habe, daß die Organisationen und Unternehmungen, die von der linken Seite, und jene, die von der rechten Seite aus geschehen, nicht immer mit dem gleichen Maße gemessen werden. Ich glaube nicht, daß es jemals vorkommt, daß sozialdemokratische oder kommunistische Versammlungen und Unzüge verboten werden. Wenn aber die Frontkämpfer eine Fahnenweihe machen wollen, so wird das plötzlich verboten, weil es gestört werden könnte. Das ist kein rechtlicher Zustand. Es hat nicht jenem verboten zu werden, der gestört wird, sondern jenem, der stört. *(Dr. Ellenbogen: Die Sozialdemokraten veranstalten nicht Versammlungen mit geladenen Waffen!)* Ich sagte ja, daß ich kein blinder Verteidiger der Frontkämpfer bin, bei diesem Punkte bin ich aber der Ansicht, daß das Maß kein gerechtes ist. Es ist ein sehr

gefährliches Prinzip, wenn sich bei einem großen Teil der Bevölkerung der Eindruck festsetzen sollte, daß Macht vor Recht gehe. Ich würde sehr wünschen, daß das bei uns nicht eintrete, denn wenn einmal das Gefühl Platz greift, daß nur der recht behält, der stark und brutal genug ist, sich durchzusetzen, dann steht es mit einem solchen Staate schlecht.

Nun muß ich zum Schluß eine Angelegenheit erwähnen, die ich nicht erwähnt hätte, wenn nicht Herr Dr. Bauer Freunde und zweifellos auch Wähler von mir in direkt unqualifizierbarer Art und Weise angegriffen hätte, zu einer Zeit, als ich mich im Ausland auf einer Vortragstournee befand, daher im Hause nicht anwesend war und nicht antworten konnte. Es handelt sich um folgendes: Herr Dr. Bauer hat das bekannte Landesverratsgesetz eingebracht. Nun, über das Gesetz will ich weiter nicht sprechen. Dieser Gesetzesvorschlag wird niemals Gesetz werden und ich finde, das ist gut, denn es wäre eine Schande für diesen Staat, wenn ein solches Gesetz mit bolschewistischem Terror hier Einzug halten würde. Aber, meine Herren, in einer Rede vom 17. April hat Herr Dr. Bauer seinen Gedankengang interpretiert und erklärt und jene Gründe auseinandergesetzt, die ihn getrieben haben, eben dieses Gesetz einzubringen. Da sagt er unter anderem folgendes (*liest*):

„Vorausgegangen ist ihm“ — dem Gesetzesvorschlag — „ein schamloses und ehrloses Treiben einer ganzen Reihe von Leuten in Österreich, die ihre privaten, ihre Gruppen- und ihre Klasseninteressen dadurch gegen die Volksvertretung und die Regierung dieses Landes durchzusetzen versuchen, daß sie das Ausland rufen, das Ausland auffordern, uns seinen Willen in ihrem Interesse aufzuzwingen. Das ist leider gar nichts Neues in der Republik. Wir haben dieses verräterische Treiben von den ersten Tagen der Republik an gesehen. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Tage des Umsturzes; ich erinnere mich sehr genau, wie damals die Schuldigen Angst bekommen haben, Furcht gehabt haben, und da war der erste Gedanke und der erste Einfall der schuldigen Vertreter des alten Regimes, uns ausländische Truppen nach Österreich schicken zu lassen. Meine Herren, es waren sehr verschiedene Leute darunter, Aristokraten, große Kapitalisten, Politiker des alten Regimes, gewesene Minister des alten Regimes, Generale. Sie haben damals bei den ersten ausländischen Vertretern, die nach Österreich gekommen sind, gebettelt, man möge doch, um Gottes willen, Österreich von ausländischen Truppen besetzen lassen.“

Weiter nennt Herr Dr. Bauer im Zusammenhange diese leider nicht mit Namen genannten Menschen ehrlose Gesellen, Lumpen usw. (*Schiegl: Das sind sie doch!*) Bitte sofort, lassen Sie mich ausreden. Ich möchte zuerst einen Punkt erwähnen, wo ich

der gleichen Meinung bin wie Herr Dr. Bauer. Ich habe ganz die gleiche Verachtung wie Sie gegen jene Leisetreter und Feiglinge, die das, was sie für richtig finden, irgendwie hinter dem Rücken der Öffentlichkeit dem Generalkommissär anbringen und nicht das bißchen Mut aufbringen, das öffentlich zu sagen. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß man das, was man für die Sanierung Österreichs für richtig findet, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, öffentlich zu sagen, und ich für meinen Teil kann Herrn Dr. Bauer versichern, daß ich mich auch durch keine bolschewistischen Terrorakte daran hindern lassen werde.

Aber, meine Herren, von diesen vielen Fällen, die Herr Dr. Bauer da aufzählt, ist mir ein einziger bekannt, ein einziger, bei dem ich die ausschlaggebende Rolle gespielt habe. Dieser Fall hat sich aber zu der Zeit zugetragen, als wir die Monarchie hatten, denn als ich Andrássy ersuchte, englische Truppen zu rufen — das ist der Fall, auf den Herr Dr. Bauer anspielte, indem er sagt, man habe beabsichtigt, Österreich vor dem Segen des Bolschewismus auch durch englische Truppen schützen zu lassen —, in diesem Falle konnte ich keinen Hochverrat gegen die Republik begehen, denn man kann keinen Hochverrat gegen eine Republik begehen, die gar nicht besteht, ebenso keinen Hochverrat gegen den Kaiser, denn es galt den Kaiser zu schützen, und auch keinen Hochverrat gegen das Volk, denn das Volk hätte zehntausendmal lieber englische Truppen hier gehabt als den Bolschewismus. Aber, meine Herren, auch darüber kann man verschiedener Meinung sein. Nachdem aber Freunde von mir, und zwar in so unqualifizierbarer Weise, provoziert worden sind, bin ich verpflichtet, das, was sich wirklich abgespielt hat, hier einmal öffentlich mitzuteilen.

Einige Zeit nach dem Umsturze wurde von der englischen Regierung der englische Oberstleutnant Edward Strutt hiehergeschickt. Das war der Mann, der gekommen war, um den Kaiser zu schützen, und der den Kaiser dann von Edtartsau nach der Schweiz gebracht hat. Nun bin ich von diesem Vertreter der englischen Regierung autorisiert, öffentlich mitzuteilen, daß er — Edward Strutt —, wie er schreibt, in einer Unterredung vom 22. März 1919 in der Herrengasse im Kanzlerpalais vom damaligen Staatskanzler Dr. Renner beschworen worden ist, englische Truppen hieherzuschicken zu lassen. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!* — *Dr. Bauer: Freche Lüge!*) Ich bitte Sie, mich ausreden zu lassen! (*Dr. Bauer: Ich weiß nicht, ob der Oberstleutnant Strutt lügt oder ob Sie lügen, aber einer von Ihnen beiden lügt!*) Ich bin Ihnen sehr dankbar für diesen Zwischenruf, denn jetzt sind wir dort, wo wir sein wollten. Ob ich lüge, das können Sie sofort nachweisen und es muß Ihnen doch ein großes

Bergnügen sein, mich bei einer Lüge ertappen zu können. Sie brauchen nur dem Oberstleutnant Strutt einen Brief zu schreiben und ihn zu fragen und seine Antwort im Wortlaute veröffentlichen — dann werden wir sehen, ob ich lüge oder nicht. Nun können Sie sagen, der Oberstleutnant Strutt lügt. Dieser Behauptung fehlt aber erstens jede innere Wahrscheinlichkeit. Oberstleutnant Strutt ist damals am selben Nachmittage zu mir gekommen und hat mir in der Erregung über diese ganz plötzliche Neuigkeit den ganzen Vorfall und auch alle Details erzählt. Er hat dem Kanzler Dr. Renner auf dieses Ansuchen eine kräftige Antwort gegeben, er hat nämlich geantwortet, es fiel ihm nicht ein, zu intervenieren, denn er wisse sehr gut, Dr. Renner wolle diese Truppen nicht, um das Volk zu schützen, sondern um sich und seine Freunde zu schützen. *(Zahlreiche lebhaft Zwischenrufe und anhaltende Unruhe.)* Ich wiederhole nochmals, schreiben Sie dem Oberstleutnant Strutt einen Brief und veröffentlichen Sie seine Antwort im Wortlaute, dann werden wir ja sehen. Aber abgesehen davon, daß jede innere Wahrscheinlichkeit dafür fehlt, daß der Oberstleutnant Strutt lügt, abgesehen davon, dürfte es doch wahrscheinlich sein, daß Oberstleutnant Strutt diese Nachricht, eine solche offizielle Nachricht, wie das Begehren des damaligen Kanzlers nicht ausschließlich bei sich behalten hat, und eine Untersuchung, der ich nicht ausweiche, die ich im Gegenteile wünsche, wird wohl volles Licht in die Angelegenheit bringen. Ich halte das, was ich gesagt habe, vollkommen aufrecht und überlasse es Ihnen, auf dem von mir angegebenen Wege mich einfach der Lüge zu überführen. *(Zwischenrufe. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während der vorsiehenden Ausführungen hat Präsident Dr. Weiskirchner den Vorsitz wieder übernommen.)*

Dr. Bauer: Meine Herren! Ich werde nur gegen den letzten Teil der Rede des Herrn Abg. Czernin polemisieren. Gegen das, was er vorher gesprochen hat, zu polemisieren, ist nicht der Mühe wert. Ich werde nicht polemisieren über Fragen des Terrors, etwa des bolschewistischen Terrors mit einem Manne, der so lang an der Spitze eines Regimes gestanden ist, das ein Regime von Jahren des blutigsten Terrors, des Terrors der Galgen, des Terrors der Hinrichtungen, des Terrors des Standrechtes gewesen ist. Ich werde nicht polemisieren mit einem Manne, der den Mut hat, hier davon zu sprechen, daß man jede Woche jetzt von Schießereien liest, obwohl er Minister eines Regimes gewesen ist, unter dem man jeden Tag von ganz anderen Schießereien zu lesen Gelegenheit hatte. *(Lebhafter Beifall. — Lebhaft Zwischenrufe und Unruhe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe! *(Anhaltende Unruhe.)* Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen! *(Andauernde*

Zwischenrufe und Unruhe. — Spalowsky: Reden Sie von der Stockholmer Konferenz!) Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Bauer fortzufahren!

Dr. Bauer: Meine Herren! Ich werde nur auf den letzten Teil der Rede des Herrn Czernin antworten und da erlauben Sie mir, daß ich nun das ganze zunächst in den natürlichen Zusammenhang hineinricke. Von Oktober 1918 haben wir hier im Lande den schwersten Kampf zu führen gehabt gegen die fürchterbare Gefahr einer Besetzung Österreichs durch fremde Truppen. Wir müssen uns erinnern, daß der Waffenstillstandsvertrag von Villa Giusti der Entente formell das Recht gegeben hat, jeden Punkt, den sie als strategisch wichtig bezeichnen wollte, und jede Eisenbahnlinie von ihren Truppen besetzen zu lassen. Als der Waffenstillstandsvertrag abgeschlossen war, wußte kein Mensch welchen Gebrauch die Entente von diesem Rechte machen werde, und ich kann sagen, meine Herren — und ich nehme das für mich in Anspruch und niemand, der die Geschichte sich nicht aus Tratsch rekonstruieren will, sondern der die Geschichte dieses ersten Jahres der Republik wirklich kennt, wird ernsthaft bestreiten können —, daß wir ein ganzes Jahr, bis zum Abschlusse des Friedensvertrages, die schwersten Opfer gebracht, den schwersten Kampf geführt haben, um die Besetzung durch fremde Truppen zu verhindern. Denn es war doch für jeden von uns klar, was das bedeutet. Sie müssen sich denken, daß die Besetzung durch fremde Truppen für das Land dieselbe Katastrophe gewesen wäre, die sie zum Beispiel in Ungarn gewesen ist, als die Rumänen das Land besetzt haben. Jeder weiß, wie diese Besetzung ausgefallen hat, was das für den Wohlstand, was das für die Selbständigkeit des Landes bedeutet hat. Aber, meine Herren, wenn Sie uns Sozialdemokraten nicht glauben, daß die Interessen des Landes uns bewogen hätten, alles daran zu setzen, die Okkupation zu verhüten, so werden sie uns doch sicherlich nicht bestreiten können, daß die Interessen der Partei und der Klasse, die wir zu vertreten haben, für uns schon Grund genug gewesen wären, das mit allen Mitteln zu verhindern, weil jeder von uns vom ersten Augenblicke sich vollkommen darüber klar war, daß die Besetzung des Landes durch fremde Truppen nichts anderes bedeuten könne als die Konterrevolution unter dem Schutze fremder Bajonette und deswegen haben wir ein Jahr lang den schwersten Kampf gegen die Besetzung durch fremde Truppen geführt. Ich könnte erzählen — und es wird sich einmal vielleicht Gelegenheit ergeben zu erzählen —, welche schweren Opfer wir gebracht haben, um das zu verhindern. Ich erinnere mich an die Zeit — ich glaube es war im Dezember 1918 —, wo wir einen fürchterlich schweren Konflikt, einen fürchterlich gefährlichen Konflikt mit der Tschecho-Slowakei

gehabt haben und wo wir die schwersten Opfer gebracht haben, Opfer, die uns wahrhaftig nicht leicht gefallen sind, um den Konflikt beizulegen, nur um zu verhindern, daß das der Anlaß werde, daß uns fremde Truppen besetzen. Ich erinnere daran, daß wir diesen Kampf weitergeführt haben. Wenn wir damals, als in Ungarn die Räterepublik existierte, hier alles daran gesetzt haben, das parlamentarische Regime zu erhalten, so war es — ich habe es damals immer ganz offen gesagt und sage es auch heute ganz offen — vor allem aus der Erwägung und der Überzeugung heraus, daß jedes Verlassen dieses Regimes bei den damaligen internationalen Verhältnissen unweigerlich die Besetzung durch fremde Truppen zur Folge gehabt hätte. Wir haben ein ganzes Jahr lang diesen Kampf geführt, geführt gegen die Gefahren von Außen, weil immer die Möglichkeit bestand. Die Herren erinnern sich an die Zeit der Abwehrkämpfe in Kärnten, die Herren erinnern sich an die Zeit der Besetzung Deutschböhmens durch tschechische Legionen, die Herren erinnern sich vor allem an die Zeit unserer schweren Konflikte mit Ungarn. Dieses ganze Jahr hindurch war es geradezu der beherrschende Gedanke unserer Politik gegenüber den ausländischen Mächten, das zu verhindern. Und diesen Kampf hatten wir nun zu führen, zugleich gegen den Feind in unseren Reihen, der von hier aus fortwährend nach der Besetzung geschrien hat. *(Lebhafter Beifall.)*

Der Herr Czernin spricht von der inneren Wahrscheinlichkeit. Ja, bei wem ist denn die innere Wahrscheinlichkeit gewesen, daß er die ausländischen Truppen verlangte, wenn nicht bei denen, die sich gefürchtet haben? Das ist ja ganz klar. Die, die sich gefürchtet haben . . . *(Czernin: Bleiben Sie beim Oberstleutnant Strutt! — Dr. Ellenbogen: Wenn das wahr ist, daß er das gesagt hat, dann ist er ein ganz schurkischer Verleumder!)* Aber ich bitte, Herr Abg. Ellenbogen, wir wollen die Sache ganz ruhig auseinanderlegen. Die, die sich vor der Revolution gefürchtet haben, die wollten die ausländischen Truppen hier haben. Das hat im Oktober begonnen. Die Behauptung, daß der Herr Abg. Czernin persönlich bei Andrássy eingeschritten sei, um zu verlangen, daß Österreich selbst um die Besetzung seines Gebietes durch fremde Truppen bitte, stammt nicht von mir. Sie ist zum erstenmal von Nowak in einem seiner Bücher über die Geschichte der österreichischen Revolution aufgestellt worden und der Herr Abg. Czernin hat sie jetzt bestätigt. *(Czernin: Ich habe das vor Jahren veröffentlicht!)* Der Herr Abg. Czernin gibt es ohne weiteres zu. Er findet eine Rechtfertigung darin, daß das in einem Zeitpunkte geschehen sei, in dem die Republik noch nicht proklamiert gewesen ist. Die war auch damals schon eine so gut wie vollendete Tatsache. Aber darauf kommt es mir gar

nicht an, sondern darauf, was es bedeutet hätte für die ganze Geschichte dieses Landes, wenn wir nicht die Freiheit in der Wahl unserer Regierungsform und unserer Regierung gehabt hätten, bedeutet hätte, wenn im Oktober fremde Truppen Wien besetzt hätten, das mag jeder überprüfen, der die Geschichte dieses ersten Jahres, der zum Beispiel die Geschichte der Friedensverhandlungen ernsthaft studiert hat. Der Herr Abg. Czernin rühmt sich dessen; ich meinstenfalls werde nie aufhören, denjenigen, der das verlangt hat, für einen Hochverräter an den Interessen des Landes zu erklären. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* Meine Herren, nun weiter!

Der Herr Abg. Czernin hat nun den Einfall, zu behaupten, daß wir selber, daß irgendein Sozialdemokrat, ja daß der Chef der damaligen Regierung, der Abg. Dr. Renner, einen solchen Wunsch jemals selber geäußert hätte. Herr Dr. Renner ist leider nicht im Hause und kann ihm nicht selbst antworten. Aber ich kenne die Geschichte unserer auswärtigen Politik in dieser Zeit einigermaßen und kann nur sagen: Meine Herren! Stellen Sie sich vor, in welcher Situation der Abg. Dr. Renner nach fremden Truppen gerufen haben soll. Der Herr Abg. Czernin hat kein Datum genannt, es steht aber unzweifelhaft fest, daß, wenn Herr Dr. Renner diesen Wunsch dem Herrn Oberstleutnant Strutt geäußert haben soll, das in der Zeit geschehen sein mußte, in der Oberstleutnant Strutt in Wien gewesen ist — das soll ja ein persönliches Gespräch gewesen sein. Nun ist Oberstleutnant Strutt von Wien mit dem ehemaligen Kaiser abgereist, als er ihn von Eckartsau in die Schweiz brachte. Das geschah bekanntlich nach den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, die am 16. Februar 1919 stattgefunden haben. Damals ist Oberstleutnant Strutt mit dem Kaiser Karl abgereist. Anfangs März, wenn ich mich recht erinnere, sind sie weggefahren. Nun stellen Sie sich vor, damals, also etwa im Februar des Jahres 1919, damals, also unmittelbar nach dem großen Wahlsieg der Sozialdemokraten, damals, unmittelbar nach der Neuwahl der Regierung, soll der Abg. Dr. Renner keinen anderen Wunsch gehabt haben, als die soeben gewählte, unter seiner Führung stehende Regierung dadurch zu erschüttern, daß er fremde Bajonette ins Land hereinrief, um sich zu schützen — gegen wen denn, meine Herren, eigentlich? Denn, daß diese Regierung damals eines Schutzes etwa gegen die Volksmassen bedurfte, das können Sie nur Rindsköpfen einreden wollen *(Sehr richtig!)*, aber kein ernster Mensch wird das glauben. Ich weiß, daß es damals auch Leute gegeben hat, die Furcht gehabt haben, die Leute, die im Oktober fremde Truppen hereinbringen wollten, haben das wahrscheinlich im Februar und März auch gewollt. Wir haben damals die Politik geführt — und das ließe

sich nicht mit irgendeinem Tratsch, sondern mit Dokumenten belegen, eine Politik, der wir die schwersten Opfer an unseren nationalen und sozialen Zielen gebracht haben, eine Politik, der man oft vorgeworfen hat, daß sie zu ängstlich und zu vorsichtig gewesen sei, und die ängstlich und vorsichtig nur immer aus dem einen Beweggrunde war: nur nicht einen Konflikt herbeiführen, der uns fremde Bajonette ins Land bringt. Nun kommt der Herr Abg. Czernin und will das der Welt einreden. Das beweist nur, daß der Herr Abg. Czernin — im Geiste, meine ich — nicht miterlebt hat, was in der Zeit, in der er gelebt hat, vorgegangen ist, sonst könnte er nicht annehmen, daß irgend jemand, der die leiseste Vorstellung von diesen Dingen hat, ihm diesen Blödsinn glauben wird.

Was den Herrn Oberstleutnant Strutt angeht, so möchte ich nur eines noch hinzufügen. Vergessen Sie auch nicht, welche Stellung der Herr in Wien gehabt hat. Der Herr ist damals einfach als ein Hofkavalier dem Kaiser Karl beigegeben worden, um sich ein paar Wochen in Gdartsau aufzuhalten und dann den Kaiser in die Schweiz zu begleiten. Wenn man damals Verhandlungen mit der britischen Regierung führen wollte, hat man sich wirklich nicht an den Herrn Oberstleutnant Strutt gewendet, den es waren damals offizielle Vertreter der britischen Regierung hier, mit denen wir täglich verkehrt haben, mit denen wir sehr viel zu tun gehabt haben, und keinem Menschen wäre es eingefallen, mit dem Herrn Oberstleutnant Strutt über Politik zu reden. Mit dem Herrn Oberstleutnant Strutt hat man über eine Sache gesprochen, das war der Abtransport Karl Habsburgs in die Schweiz. Das war alles, alles andere war nicht seines Amtes und ist nicht mit ihm erörtert worden. Es gehört also ein ganz ungewöhnliches Maß von Leichtgläubigkeit, sagen wir, dazu, sich das erzählen zu lassen.

Damit, meine Herren, ist diese Sache für mich erledigt. Ich weiß nicht, ob mein Freund Renner, wenn ihm dieser Tratsch des Herrn Czernin zur Kenntnis kommt, es nötig finden wird, ihm darauf zu antworten. Nicht erledigt ist natürlich die Darstellung der wirklichen Geschichte dieser Periode, nicht erledigt bleibt natürlich als ein immerhin nicht unwichtiger Teil dieser Geschichte auch die Darstellung jener Intrigen der Kreise, die um ihre Titel, ihre Würden, um ihr Vermögen und um ihre politische Machtstellung zitternd und deren Verlust beklagend, damals wirklich ständig nach ausländischen Bajonetten gerufen haben. Nicht erledigt bleibt mit einem Worte die Geschichte des Hochverrates, der in dieser ganzen Zeit getrieben worden ist. Aber wenn von dieser Geschichte die Rede sein wird, dann wird man den Herrn Czernin hier nicht als Zeugen einvernehmen, weil sein Platz

vielmehr auf der Anklagebank ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Czernin: Ich habe nur zwei Worte darauf zu erwidern. Mit Beschimpfungen wie Lügen usw. werden Sie die Sache nicht aus der Welt schaffen. Wenn Sie behaupten, daß ich gelogen habe, so muß es ein großes Vergnügen für Sie sein, mich dessen zu überführen. Sie haben nichts anderes zu tun, als den Oberstleutnant Strutt einen Brief zu schreiben, Aufklärung von ihm zu verlangen und seine Antwort im Wortlaut zu veröffentlichen. Wenn Sie gegen ihn den Vorwurf der Lüge erheben, so ist er Manns genug, um die Details, die ich angegeben habe, zu verteidigen. Herr Doktor Renner weiß ganz genau, daß das, was ich gesagt habe, Wort für Wort die Wahrheit ist, und ich halte jedes Wort aufrecht. *(Lebhaftes Zwischenrufen.)*

Nachdem niemand mehr zum Worte gemeldet ist, wird das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Präsident: Ich erlaube mir, dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, daß in der in der Zwischenzeit stattgefundenen Obmännerkonferenz eine Einteilung der Spezialdebatte in 11 Abschnitte durchgeführt wurde, und zwar: A. Hoheitsverwaltung, 1. Abschnitt: I. Oberste Volksorgane, II. Gerichte öffentlichen Rechtes, III. Rechnungshof, VII. Bundeskanzleramt, VIII. Äußeres, XVIII. Staatsvertrag von Saint-Germain; 2. Abschnitt: IX. Kapitel 9, Titel 1, § 1, und Kapitel 10, Inneres, X. Justiz; 3. Abschnitt: IX. Kapitel 9, Titel 1, § 2, Kapitel 11, 12 und 13, Unterricht, Kunst und Kultus; 4. Abschnitt: XV. Heereswesen; 5. Abschnitt: XII. Land- und Forstwirtschaft; 6. Abschnitt: XIII. Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, XVI. Verkehrswesen, Bundesministerium für Verkehrswesen, Hoheitsverwaltung, XVII. Sozialisierung; 7. Abschnitt: XIV. Soziale Verwaltung; 8. Abschnitt: IV. Staatsschuld, V. Leistungen an Länder (Gemeinden), VI. Pensionen, XI. Finanzen. B. Monopole, 9. Abschnitt: XIX. Monopole. C. Betriebe, 10. Abschnitt: XX. Betriebe; 11. Abschnitt: Bundesfinanzgesetz.

Die Spezialdebatte soll nächsten Montag Nachmittag beginnen und im Laufe der kommenden Woche bis inklusive Freitag fortgeführt werden und dann in der zweitnächsten Woche wieder am Montag begonnen werden. Ich möchte die Herren bitten, daß Sie am Montag dann die Einzeichnung in die Rednerliste der 11 Abschnitte durchführen.

Nächste Sitzung Montag, den 4. Juni, 3 Uhr nachm. T. D.:

Berichte des Justizausschusses:

1. über die Regierungsvorlage (B. 1492), betr. das Übereinkommen zwischen Österreich und Italien über die Zahlung von privaten Schulden und die Einziehung privater Forderungen, samt

Anhang und Protokoll, betr. die Hypothekarforderungen des „Anker“ (B. 1518);

2. über die Regierungsvorlage (B. 1494) betr. das Übereinkommen zwischen Österreich, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Tschechoslowakei über Stiftungen und das Vermögen der öffentlich-rechtlichen Vereinigungen und juristischen Personen (B. 1519);

3. über die Regierungsvorlage (B. 1508), betr. die Erhöhung der Wertgrenze im Gesetze vom

5. Juni 1890, betr. die grundbücherliche Einverleibung auf Grund von Privaturfunden in geringfügigen Grundbuchsachen (B. 1520);

4. über die Regierungsvorlage (B. 1429), betr. den Rechtsanwaltsstarif (B. 1521);

5. Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag und das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1923 (B. 1428).

Schluß der Sitzung: 1 Uhr 15 Min. nachm.